

**Arbeit und Leben -
Weltkummer Wachstum**

10.12.2019

**Wirtschaft die tötet
oder Zinsverbot?**

**Sozioökologische Transformation
über profitfreie Räume**

Dr. Wolfgang Fabricius

<http://www.reproduktionsökonomie.de>

APOSTOLISCHES SCHREIBEN
EVANGELII GAUDIUM
DES HEILIGEN VATERS
PAPST FRANZISKUS
AN DIE BISCHÖFE
AN DIE PRIESTER UND DIAKONE,
AN DIE PERSONEN GEWEIHTEN LEBENS
UND AN DIE CHRISTGLÄUBIGEN LAIEN
ÜBER DIE VERKÜNDIGUNG DES EVANGELIUMS
IN DER WELT VON HEUTE

»53. *Ebenso wie das Gebot „**du sollst nicht töten**“
eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des
menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute
ein „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und
der Disparität der Einkommen“ sagen.
Diese Wirtschaft tötet.«*

Inhaltsverzeichnis

0. Vorbemerkungen

1. Profitmaximierung

2. Konventionelle Entscheidungsstrukturen

**3. Profitminimierung oder
Gemeingutökonomie**

4. Alternative Entscheidungsstrukturen

5. Entwicklung der Gemeingutökonomie

6. Beispiele Inland

7. Beispiele Ausland

Die Entwicklung der Menschheit

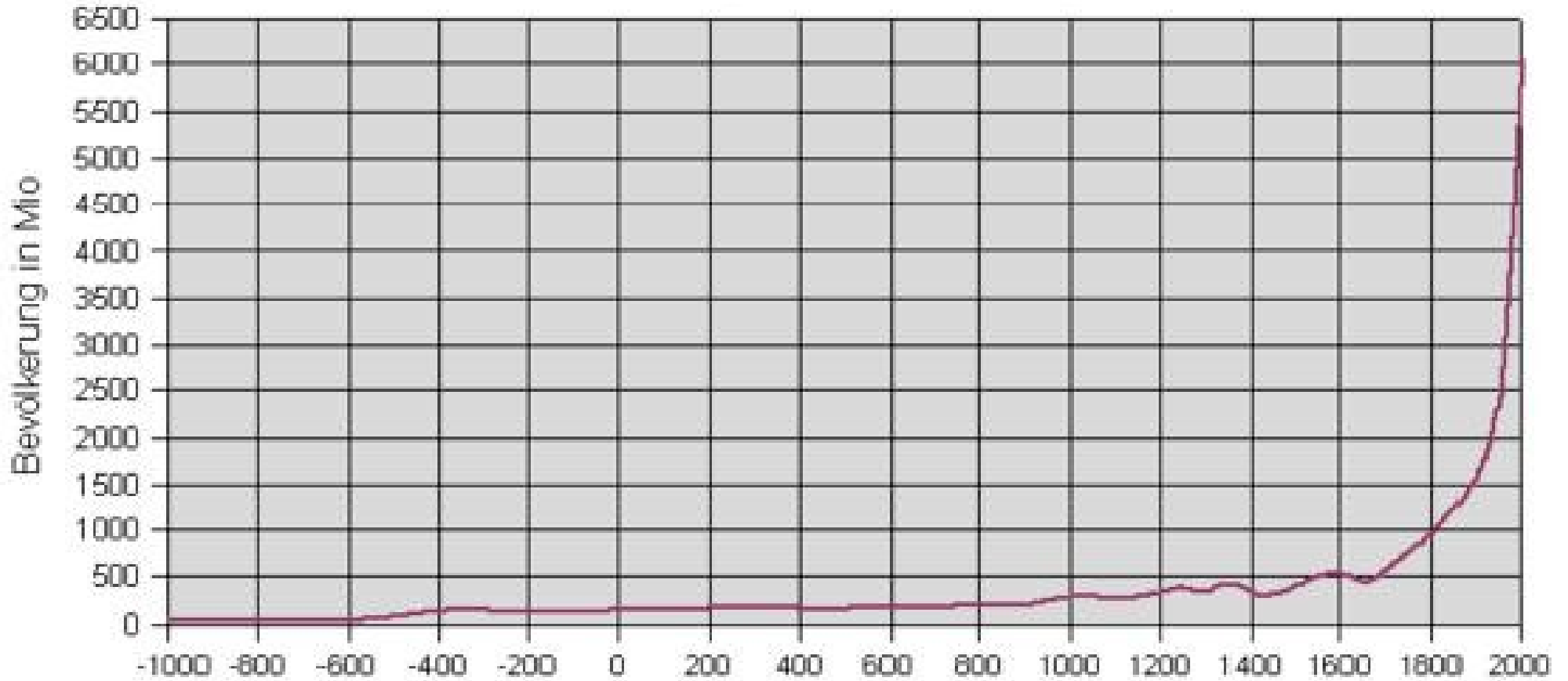
Die Nutzung des Feuers, das Entdecken des Säens und Erntens und damit das Sesshaftwerden, das Bauen von Häusern, die Entwicklung der Hygiene und der Medizin etc. verbesserten die Überlebenschancen des Menschen sehr wesentlich und er konnte sich wirksamer vermehren als Tiere und Pflanzen.

In einen Gleichgewichtszustand der Natur hinein wuchs die Menschheit exponentiell auf jetzt über 7 Milliarden Individuen.

Entsprechend wurde der Lebensraum der Tiere und Pflanzen Schritt für Schritt eingeschränkt. Rote Listen bedrohter Tier- und Pflanzenarten wachsen immer schneller.

Aber auch für die Menschen wird es immer enger und mit der Zeit eventuell auch **zu eng zum Überleben.**

Bevölkerungsentwicklung



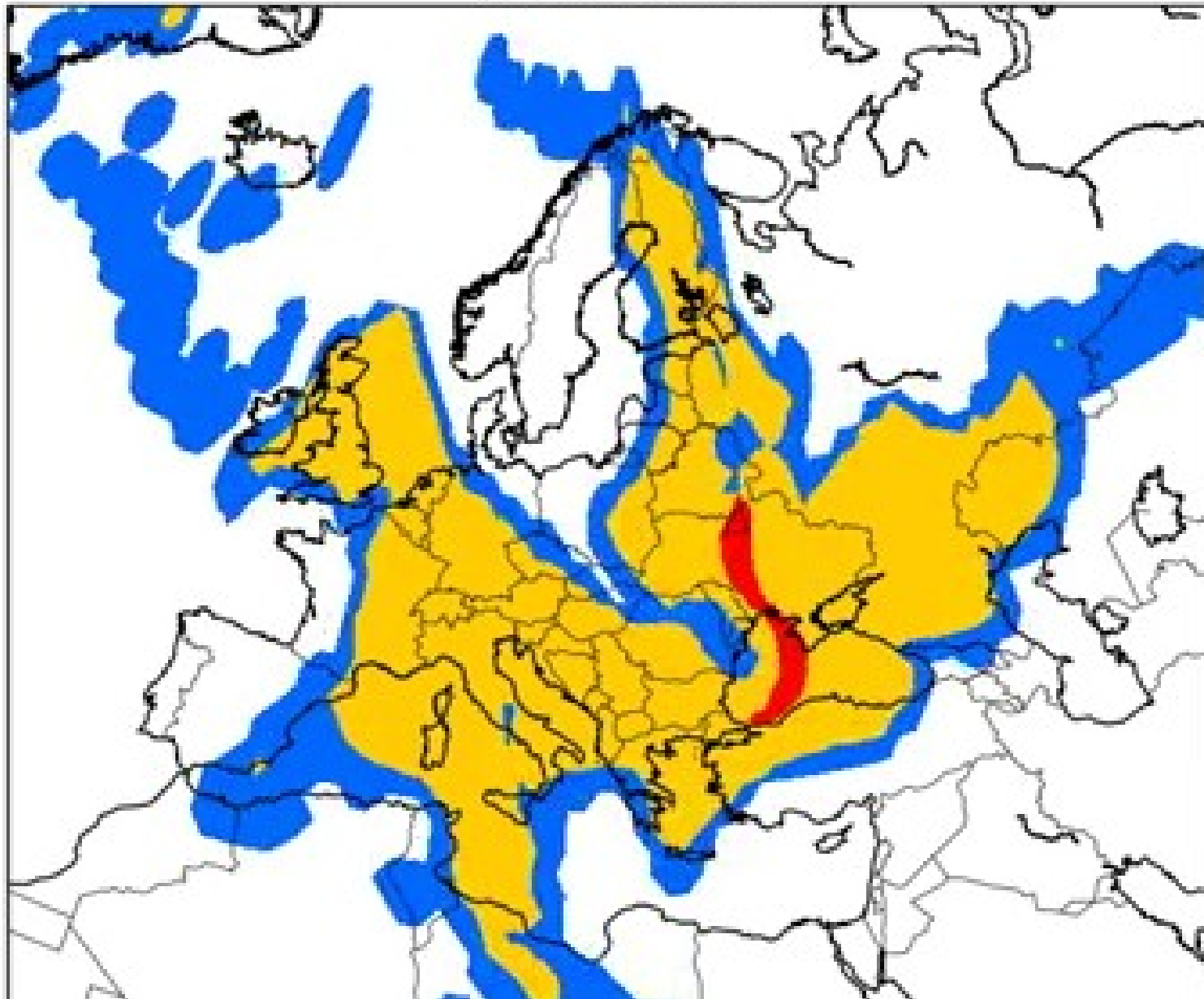
Wikipedia, 15.09.2016

Tschernobyl-Wolke

Anstieg der gesamten Strahlungs-dosis fuer Erwachsene

1986-05-03_00 UTC

Quelle: ZAMG





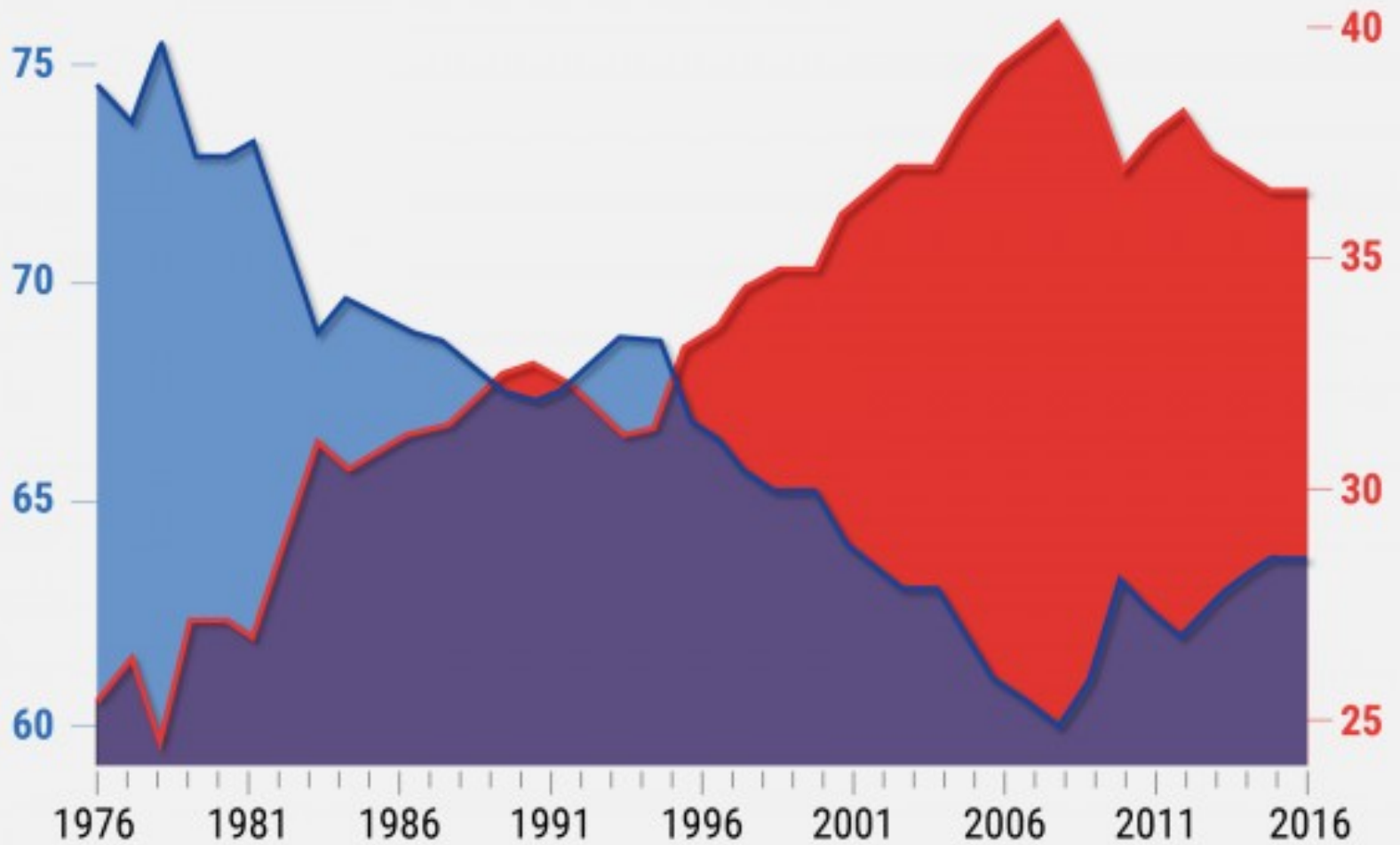
Am westlichen Rand des grönländischen Eisschildes befindet sich ein riesiger Dreckfleck. In dieser Zone wird das Sonnenlicht wesentlich schlechter reflektiert und das Eis schmilzt besonders schnell.

Spiegel Online vom 11.04.2018

Lohnquote fällt, Gewinnquote steigt

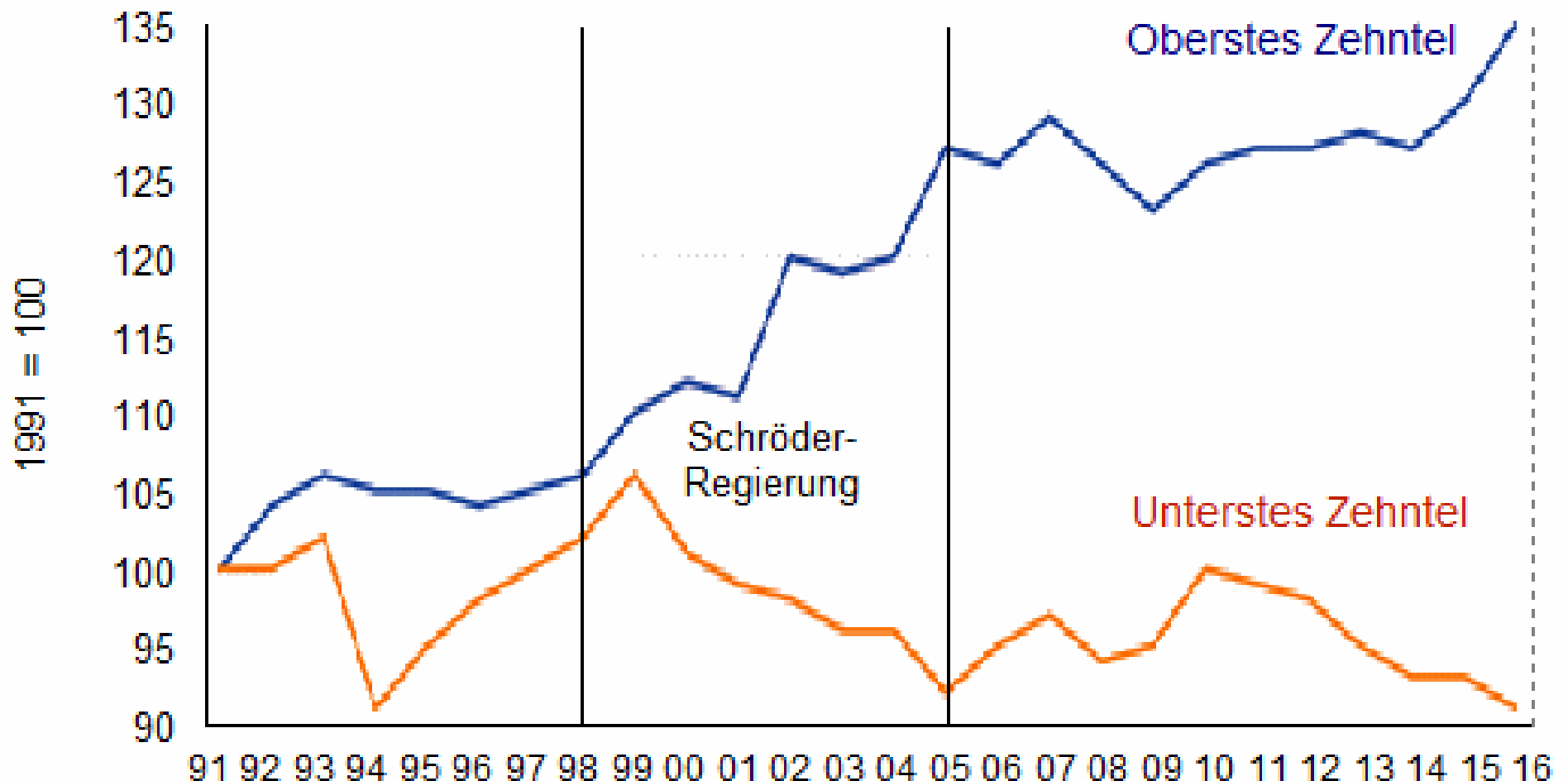
Entwicklung der Lohnquote (Arbeitnehmerentgelt) und der Gewinnquote (Kapitalerträge, Mieten, Pachten, Unternehmenseinkünfte), in Prozent

■ Lohnquote ■ Gewinnquote



Gabor Steingart:
Morning Briefing
vom 23.01.19

20339: Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen nach Dezilen



Quelle: DIW Berlin, Wochenbericht 19/2019, Reale Einkommen in Preisen von 2010; Population: Personen in Privathaushalten; bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Die Wurzeln des Liberalismus

Das liberale Gedankengut hat viele historische Wurzeln. Erste ideologische Grundsteine legten u.a.:

Johannes Calvin (1509-1564) mit seiner These von den Auserwählten und Verdammten,

Thomas Hobbes 1651 mit dem Leviathan,

Bernard Mandeville 1723 mit seiner „Bildungspolitik“,

François Quesnay 1758 mit seinem „Tableau économique“,

Adam Smith 1776 mit seiner „Unsichtbaren Hand des Marktes“ und

Jeremy Bentham 1789 mit seinen Dressuranstalten.

Neoliberalismus

Der Liberalismus wollte neben dem sich entfaltenden „Sozialismus“, der Wirtschaftskrise und dem aufkeimenden Keynesianismus weiter existieren und auch das Dritte Reich überstehen.

1938 hatte **Alexander Rüstow** auf dem internationalen Symposium **„Colloque Walter Lippmann“** in Paris, an dem u.a. auch Wilhelm Röpke (später Berater von Ludwig Erhard), Friedrich August von Hayek, Ludwig von Mises und Walter Lippmann teilnahmen, den Begriff **„Neoliberalismus“** vorgeschlagen. Diese Wortschöpfung sollte die **Abgrenzung der neuen aggressiveren Konzepte** vom Laissez-faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts verdeutlichen.

Mont Pelérin Society (MPS)

Die MPS wurde 1947 in Mont Pelérin, Schweiz, von **17 us-amerikanischen und 22 europäischen neoliberalen Ökonomen** (u.a. Eucken, Friedman, Hayek, Mises, Popper, Röpke) gegründet und als Verein in den USA eingetragen.

Sie verfügt weltweit über 1000 Mitglieder und **100 Think-Tanks**.

1974-2002: **Nobelpreise für 8 MPS-Mitglieder**.

Ab 1975 unterwerfen Hayek und Friedman mit ihren „Chicago-Boys“ als **Berater Pinochets** Chile einer neoliberalen Radikalkur, errichten eine **'gesunde soziale Marktwirtschaft'** und bezeichnen Chile als **'gelobtes Land'**.

1979: **Thatcher** holt sich einige dieser Experten aus Chile.

1980: Durch **Reagan** erreicht der Neoliberalismus auch die USA.

Endgültige Implementierung **in Europa über MPS-Mitglied Giscard d'Estaing**, der Vorsitzender des Europäischen Konvents war. **In Deutschland** verhilft das **Schröder-Blair-Papier** und die **Agenda 2010** dem Neoliberalismus zum Durchbruch.

1. Profitmaximierung

- Verlust des Gemeinguts
- Trennung der Produktion von der Reproduktion
- Vom Mittelstand zum Proletariat
- Vordringen des profitmaximierenden Marktes
- Wertgesetz des Kapitalismus
- Pensionsfonds-Sozialismus
- Bank- und Finanzmarktreformen
- Netto-Kapitalrendite der Unternehmen
- Bedarfsweckung statt Bedarfsdeckung
- Schleichende Umverteilung
- Saugpumpe
- Sharholder-Value-Kriterien
- Drei Gründe für eine Nato der Wirtschaft

Verlust des Gemeinguts

Ursprünglich gehörte den Menschen, Tieren und Pflanzen die gesamte Erde als Gemeingut noch gemeinsam. Der Mensch hat sich, um komfortabler leben zu können, eine Infrastruktur errichtet, die ihn mehr und mehr von der urtümlichen Lebensweise wegführte. Mit der Mechanisierung, Motorisierung und Automatisierung der Produktion haben sich **„externe Investoren“** eingenistet, die nicht nur die Infrastruktur, sondern auch die Ressourcen zunehmend okkupieren.

Trennung der Produktion von der Reproduktion

Zunächst erforderte Handel, Bergbau und Plantagenwirtschaft hohe Investitionen und entsprechende Investoren; später dann ebenso die Mechanisierung (seit 1764 Spinn-, seit 1785 Webmaschinen, seit 1769 Dampfmaschinen etc.), die mit der Steinkohle und dem Erdöl als Energiequelle die Industrialisierung hervorbrachte.

Sie zwang die Menschen, ihren Unterhalt in den neu entstandenen Manufakturen und Fabriken zu erwerben.

Die Menschen reproduzierten sich deshalb immer weniger über ihre Tätigkeiten auf ihrem eigenen Land oder in ihren häuslichen Werkstätten, sondern über Geld, das sie als Lohn in der ungeschützten Umgebung industrieller Produktionsstätten erhielten.

Wertgesetz des Kapitalismus

Der Wert jeder kapitalistisch produzierten Ware W stellt sich nach Marx dar in der Formel:

$$W = c + v + m$$

(K. Marx, Kapital III, MEW 25, 34)

Dabei bedeutet:

- **c**: das konstante Kapital bzw. die Festkosten (Infrastruktur, Ressourcen, vorgefertigte Teile, Lizenzen, Steuern, Werbung, Forschung etc.),
- **v**: das variable Kapital (Löhne und Gehälter als **Arbeitsertrag**) und
- **m**: der Mehrwert. Er erscheint auf der Seite der Investoren in Form von Zins, Profit, Rendite oder Dividende als **Kapitalertrag**.

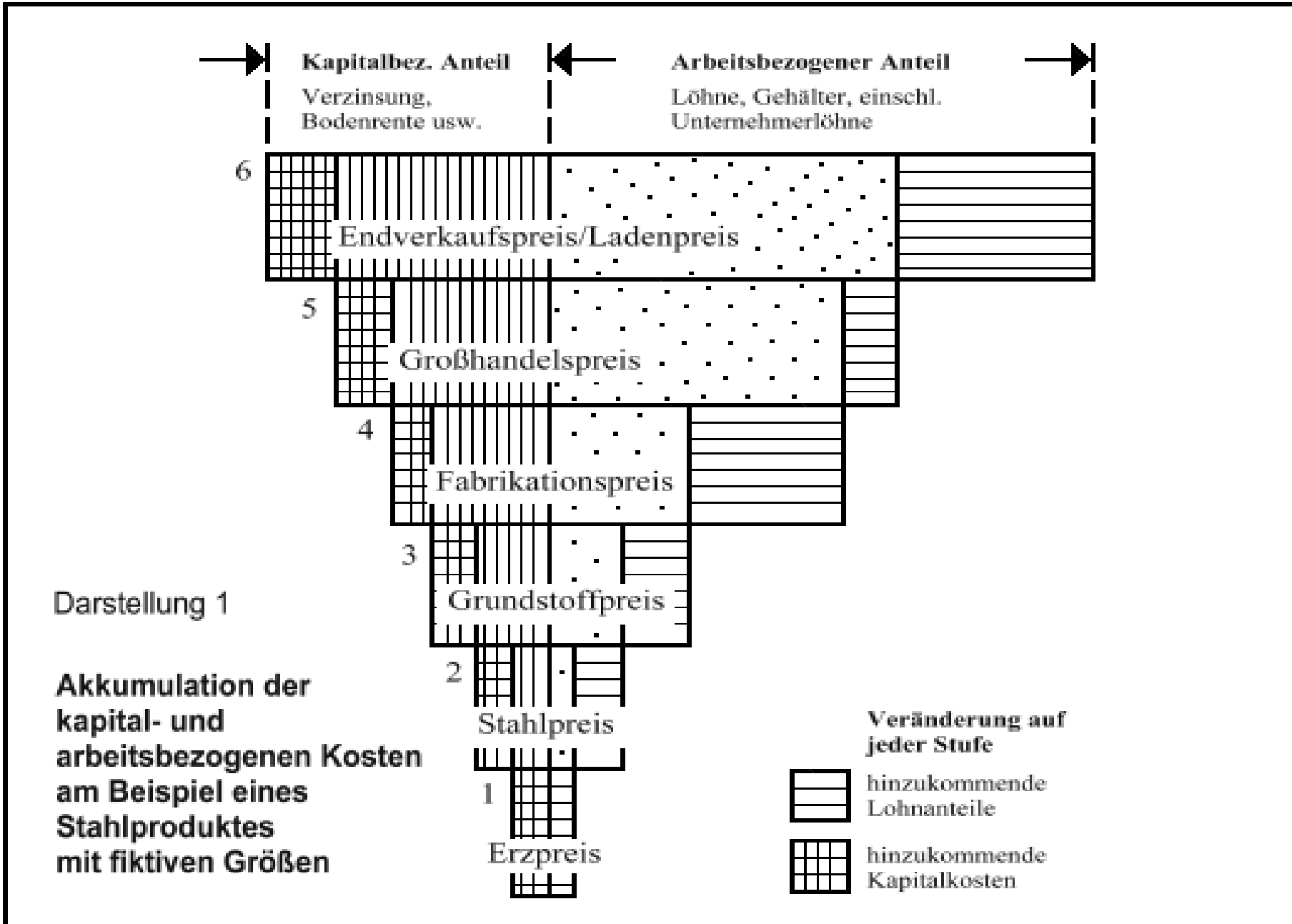
Entscheidend ist: dem Bürger wird der Mehrwert nicht nur als Produzent am Arbeitsplatz vom Lohn abgezogen, sondern er muss ihn als Konsument, enthalten im Preis der Ware, ein zweites Mal bezahlen.

Produktionskette/-netz

Der Mehrwert (m) wird auf jeder Produktionsebene vom Investor abgezweigt; summiert erscheint er zusätzlich in den Festkosten (c) aller Zwischenstufen wie auch der obersten Stufe. Im Mittel macht er dort nach Helmut Creutz etwa **40% der Endverbraucherpreise (W)** aus.

Die Produktionskette bezieht sich nicht nur auf die Herstellung des Einzelprodukts, sondern auch auf die Errichtung der gesamten Infrastruktur.

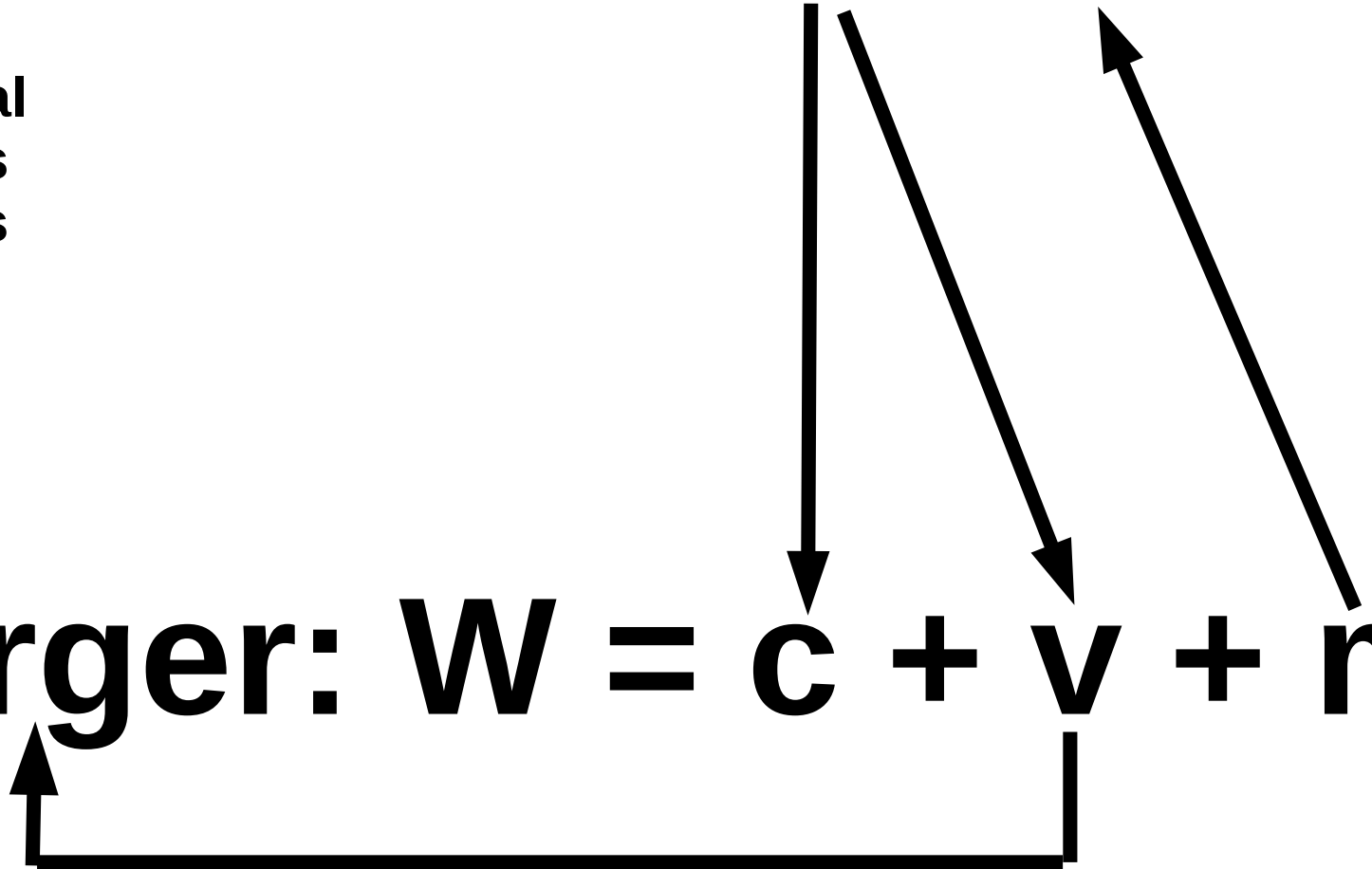
$$\begin{array}{c} \mathbf{W} = \mathbf{c} + \mathbf{v} + \mathbf{m} \\ \uparrow \\ \mathbf{W}' = \mathbf{c} + \mathbf{v} + \mathbf{m} \\ \uparrow \\ \mathbf{W}'' = \mathbf{c} + \mathbf{v} + \mathbf{m} \\ \uparrow \\ \mathbf{W}''' = \mathbf{c} + \mathbf{v} + \mathbf{m} \\ \uparrow \\ \mathbf{W}'''' = \mathbf{c} + \mathbf{v} + \mathbf{m} \end{array}$$



Investor: $G \rightarrow G'$

G: Geldkapital
W: Wert/Preis
c: konstantes
Kapital
v: variables
Kapital
m: Mehrwert

Bürger: $W = c + v + m$



„Pensionsfonds-Sozialismus“

In den USA erfolgt die Alterssicherung **seit etwa 1860** kapitalgedeckt über Pensionsfonds, von denen in der Regel Staatsanleihen erworben wurden.

Weil es unvertretbar sei, dass die Pensionsfonds den Staat so hoch verschulden, hat **Charles Wilson**, Präsident von General Motors, **1950**, für die Erwerbstätigen Pensionsfonds als Investmentfonds durchgesetzt, die in Industrieaktien investieren sollten.

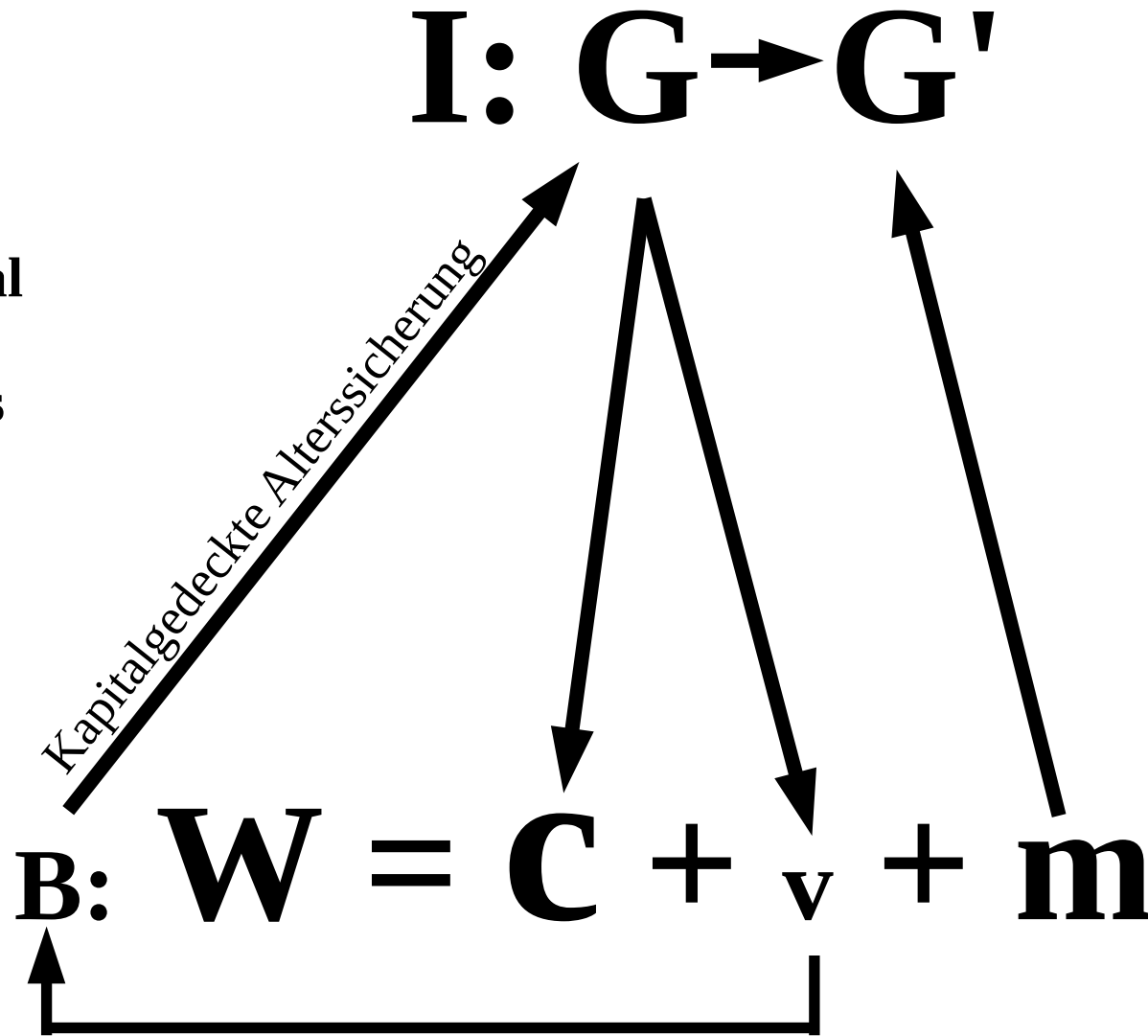
(Damit wurden allerdings die **Altersanwartschaften vom Staat auf die Industrie** übertragen und 2008, mit der Finanz- und Wirtschaftskrise, saß ein Großteil der amerikanischen Rentner buchstäblich auf der Straße.)

Nach Drucker besaßen **1976** die **Erwerbstätigen** in den USA über diese Pensionsfonds bereits mehr als **ein Drittel** des Eigenkapitals der US-amerikanischen Wirtschaft. Dieser Anteil sollte **bis zur Jahrtausendwende** weit über **zwei Drittel** betragen.

Drucker wörtlich: *„Den Pensions-Fonds wird, mit Ausnahme des landwirtschaftlichen und staatlichen Sektors, bis dahin praktisch ganz Amerika »gehören«, und für die beiden ausgenommenen Bereiche werden sie eine wichtige Finanzierungsquelle sein.“*

Peter F. Drucker, Die unsichtbare Revolution, 1976

I: Investor
G: Geldkapital
B: Bürger
W: Wert/Preis
**c: konstantes
Kapital**
**v: variables
Kapital**
m: Mehrwert



Bank- und Finanzmarktreformen

Aufhebung des Goldstandards:

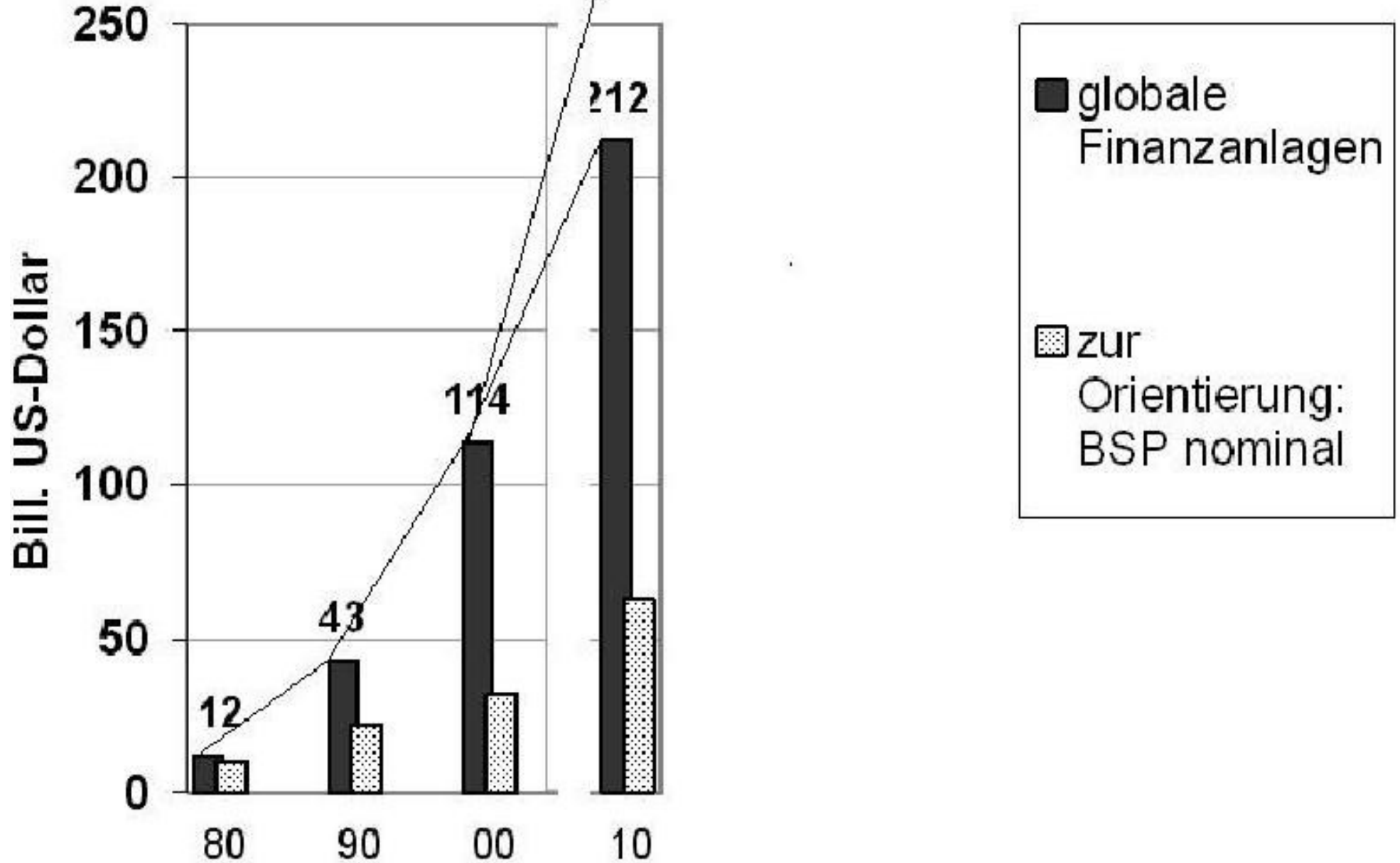
1971 Ankündigung und 1973 Freigabe der Wechselkurse in den USA unter Nixon.

1976: **Shareholder Value-Kriterien:** Durchbruch des Neoliberalismus

1999: **Aufhebung des Glass-Steagall-Acts** von 1933, der institutionellen Trennung des Einlagen- und Kreditgeschäfts vom Wertpapiergeschäft unter Clinton.

2004: Die **rot-grüne Koalition** unter Kanzler Schröder lässt **auch in Deutschland Hedgefonds** und den erweiterten **Handel mit spekulativen Derivaten** zu.

Anlagevermögen weltweit 1980–2010



Quelle: Mc.Kinsey Global Insitut, Fifth annual report 2008.

I: Investor
G: Geldkapital
B: Bürger
W: Wert
**c: konstantes
Kapital**
**v: variables
Kapital**
m: Mehrwert

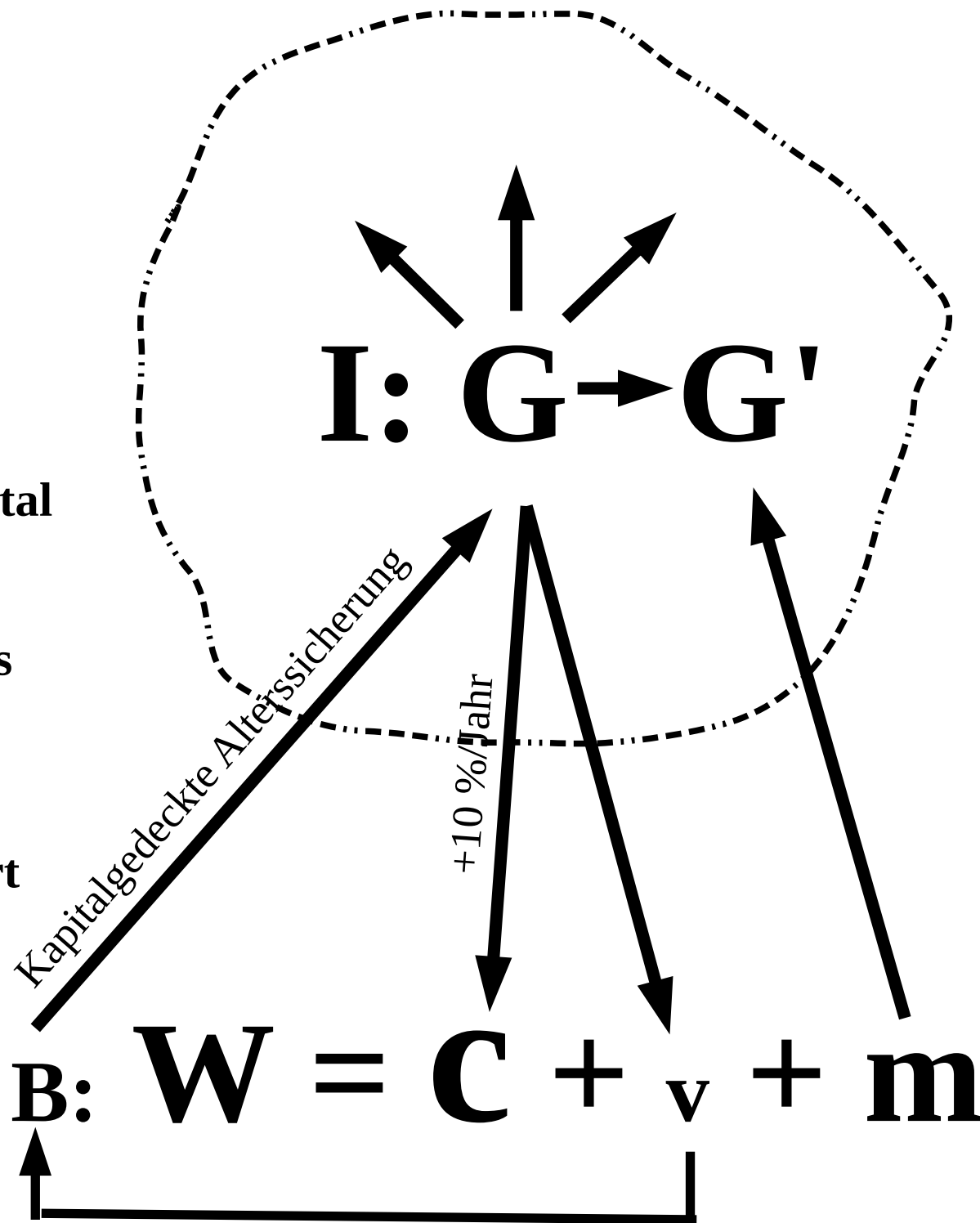


Tabelle 37: Entwicklung der Brutto- und Netto-Kapitalrente ¹⁾
Westdeutschland und Deutschland

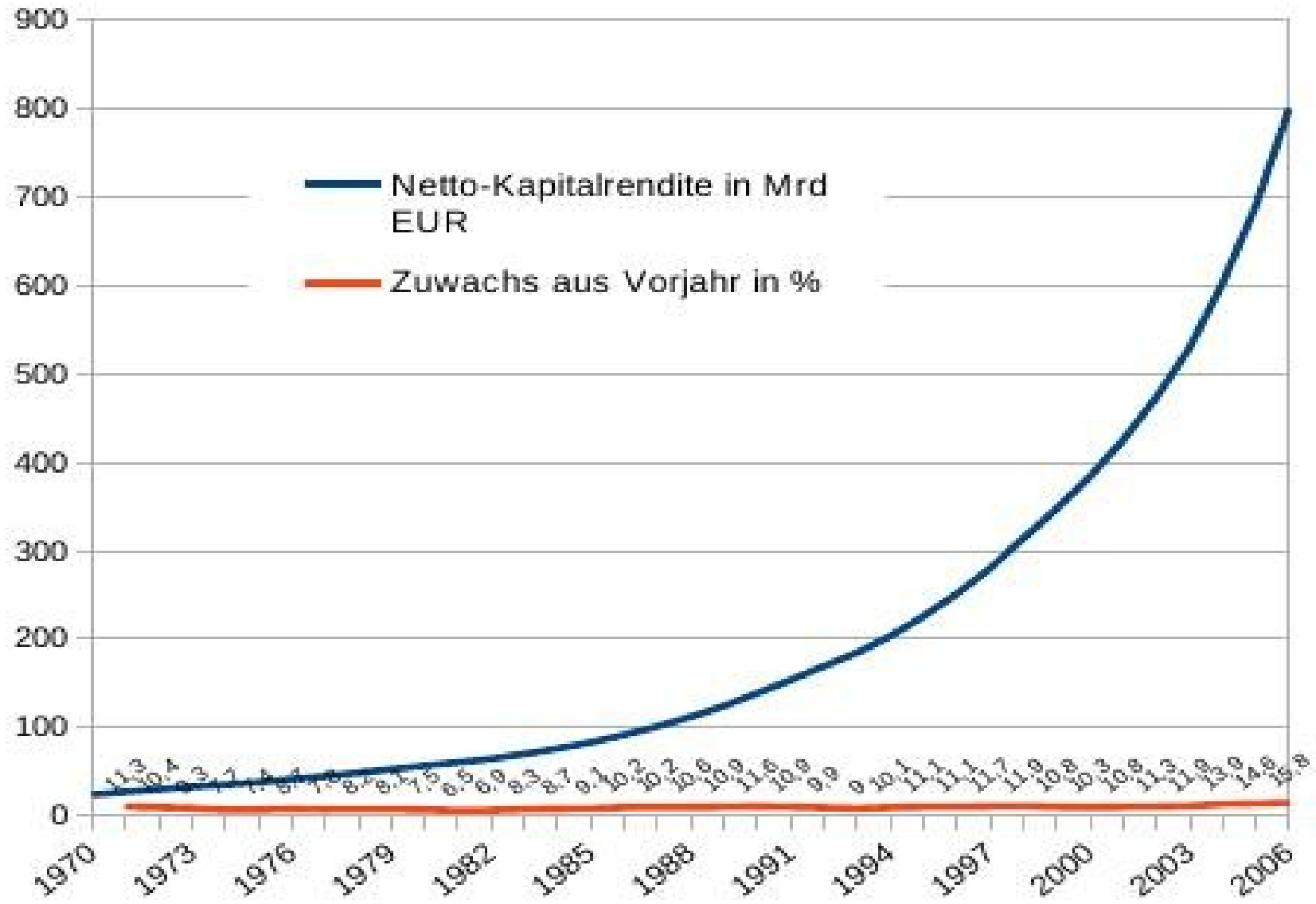
Jahr	Brutto-Kapitalrendite in v.H.		Netto-Kapitalrendite in v.H.	
	Westdeutschland	Deutschland	Westdeutschland	Deutschland
71 1971	15,6		11,3	
72 1972	15,2		10,4	
73 1973	14,5		9,3	
74 1974	12,5		7,7	
75 1975	11,8		7,4	
76 1976	13,3		8,7	
77 1977	13,0		7,8	
78 1978	13,5		8,2	
79 1979	13,3		8,1	
80 1980	12,2		7,5	
81 1981	10,7		6,5	
82 1982	10,8		6,9	
83 1983	12,3		8,3	
84 1984	12,7		8,7	
85 1985	13,4		9,1	
86 1986	14,5		10,2	
87 1987	14,2		10,2	
88 1988	14,9		10,6	
89 1989	15,3		10,9	
90 1990	15,8		11,6	
91 1991	15,4	14,6	11,3	10,9
92 1992		13,6		9,9
93 1993		12,3		9,0
94 1994		13,1		10,1
95 1995		13,8		11,1
96 1996		14,1		11,1
97 1997		14,7		11,7
98 1998		15,1		11,9
99 1999		14,5		10,8
00 2000		14,2		10,3
01 2001		13,6		10,8
02 2002		14,0		11,3
03 2003		14,8		11,9
04 2004		17,1		13,9
05 2005		18,2		14,6
06 2006		20,0		15,8

1) Gewinne der Unternehmen ohne Wohnungsvermietung und Bundesbank in v.H. des Nettoanlagevermögens; ohne Vermögenseinkommen der privaten Haushalte
 Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

**Hartmut Görgens:
 Sind die Löhne in
 Deutschland zu
 hoch?: 2008**

Netto-Kapitalrendite der Unternehmen in Deutschland

(ohne Landwirtschaft, Wohnungsvermietung, Bundesbahn und ohne Vermögenseinkommen der privaten Haushalte) (Görgens – DGB, 2006)



Wachstum und Geldvermögen

Schemadarstellung

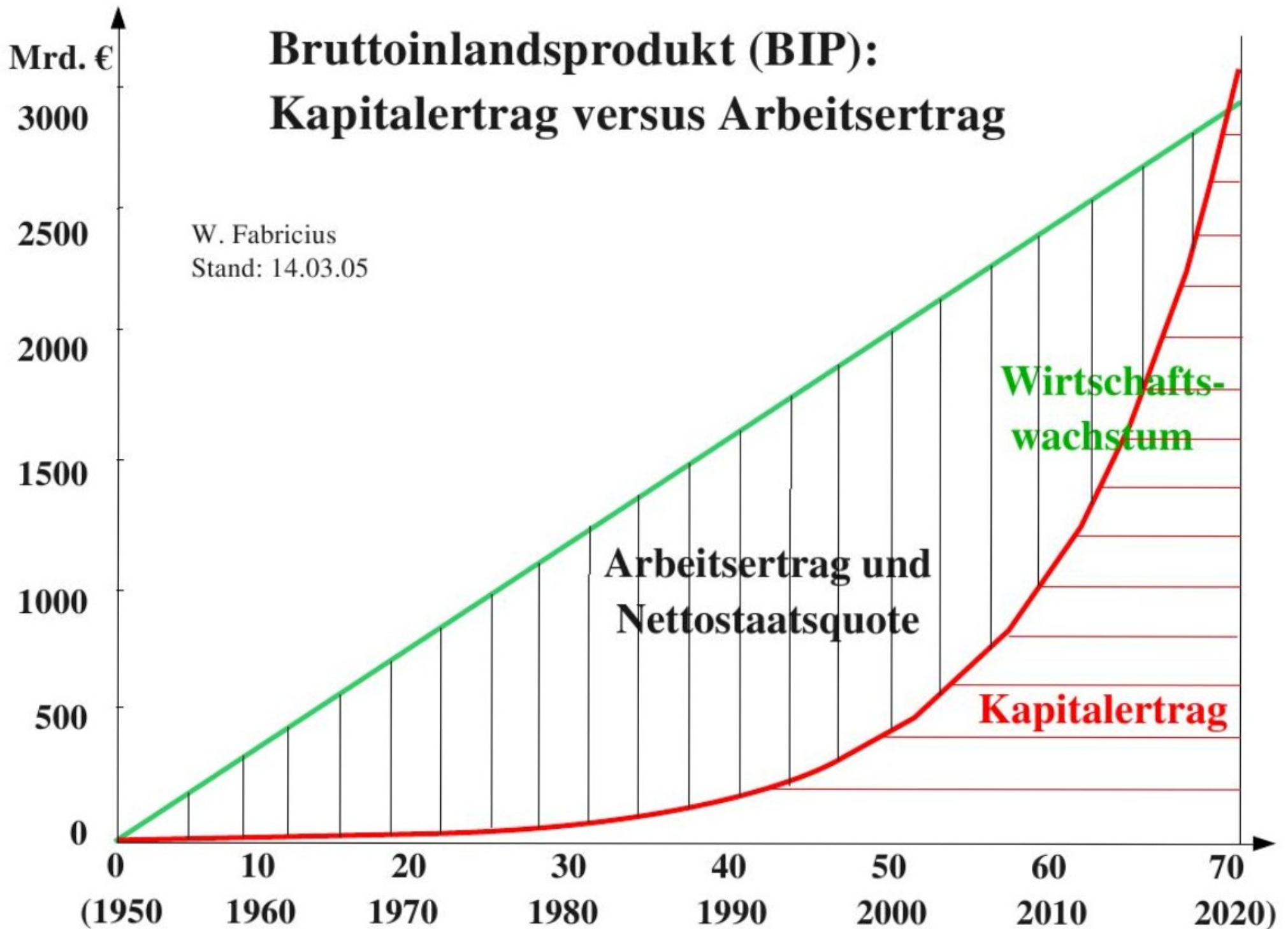
Die überproportionierte Entwicklung der Geldvermögen erzwingt ständig neue Wachstumsschübe zur Anpassung der Wirtschaftsleistung



Helmut Creutz: Das
Geldsyndrom
Econ 2003

Bruttoinlandsprodukt (BIP): Kapitalertrag versus Arbeitsertrag

W. Fabricius
Stand: 14.03.05



Schleichende Umverteilung

„Wo Geld ohne Bedarf ist, dort stellt sich auch Einkommen ohne Leistung ein, und das wiederum bewirkt, daß noch mehr Geld ohne Bedarf und noch mehr Einkommen ohne Leistung entstehen.

Dieser

»Einkommensfähigkeit ohne eigene Leistung«

steht die Arbeitslosigkeit als

»eigene Leistungsfähigkeit ohne Einkommen«

gegenüber: Geld, das als Einkommen ohne Leistung gezahlt wird, fehlt dann zur Bezahlung von Einkommen aus Leistung.“

Die Saugpumpe

„Bis 1929 - 1930 [also bis zum Beginn der Wirtschaftskrise] hatte eine gewaltige Saugpumpe einen zunehmenden Anteil des erzeugten Reichtums in wenige Hände umgeleitet [...] und so die Kaufkraft aus den Händen der Mehrheit genommen. [...]

Die Massenproduktion [der modernen Industriegesellschaft] beruht aber auf einem Massenkonsum, und dieser setzt die Verteilung des Reichtums voraus, [...] um die Menschen mit einer Kaufkraft auszustatten, die der Menge der von der Wirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen entspricht.

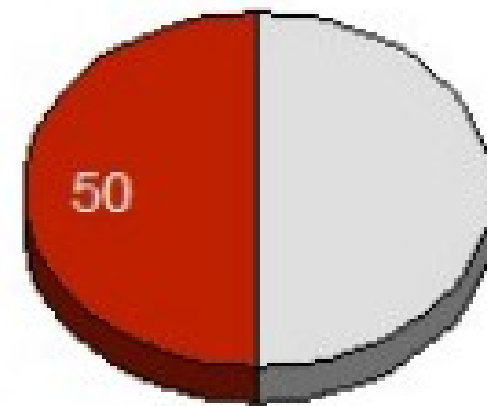
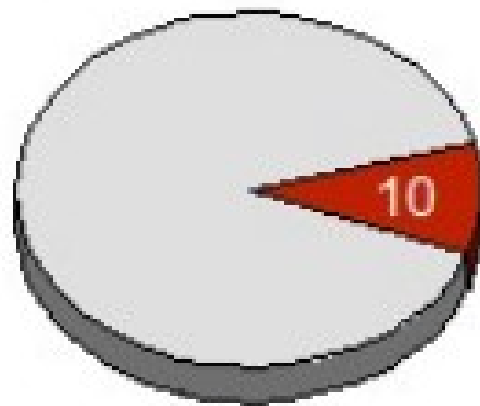
[...] Wie in einem Pokerspiel, wo sich die Chips in immer weniger Händen konzentrieren, konnten die übrigen Spieler nur noch weiter machen, indem sie Schulden machten. Gab man ihnen keinen Kredit mehr, war es auch mit dem Spiel zu Ende.“

Marriner Stoddard Eccles

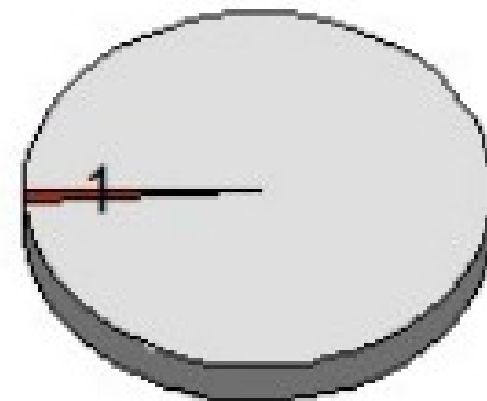
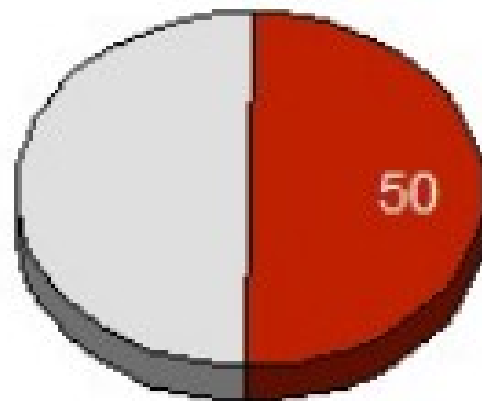
1934 von Franklin D. Roosevelt eingesetzt,
bis 1948 amtierender FED-Chef

19592: Vermögensverteilung in %

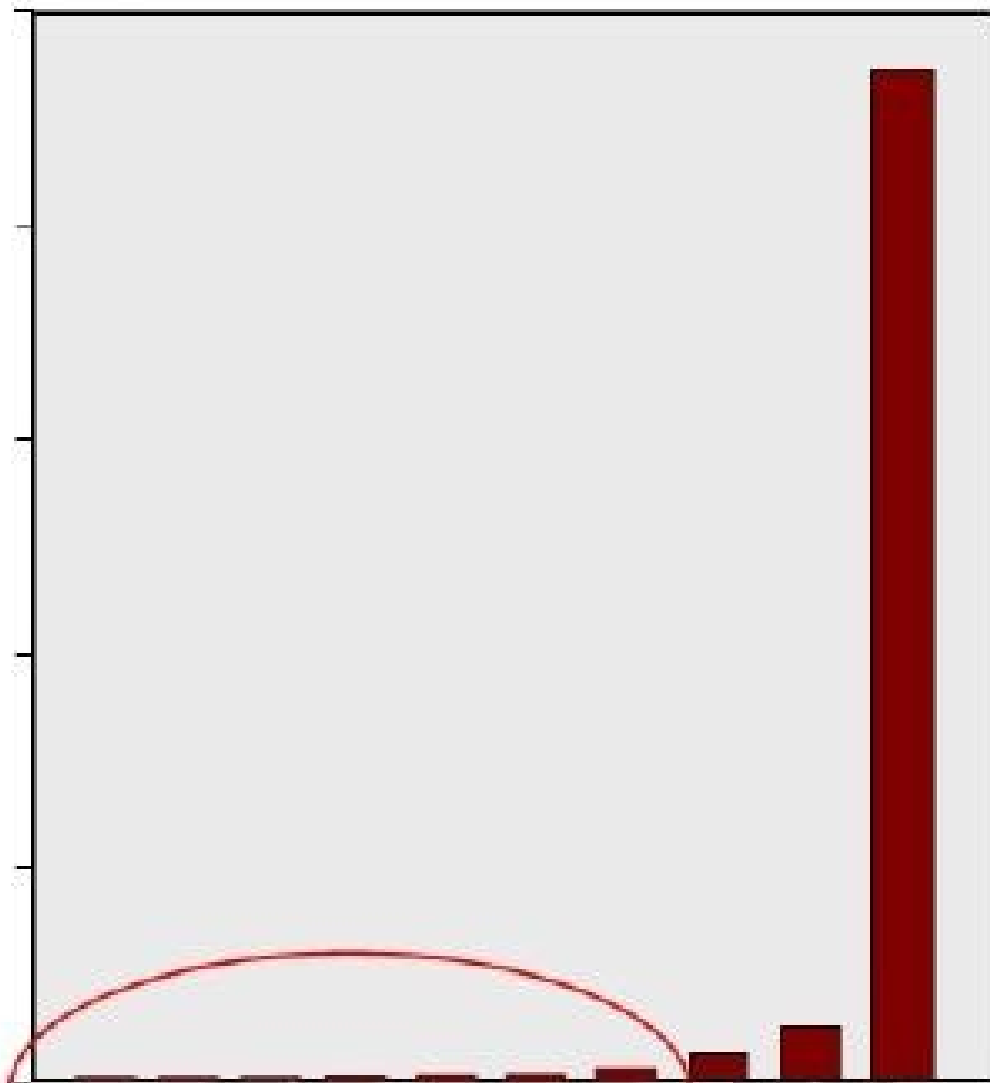
Anteil der oberen Haushalte und Anteil am Vermögen



Anteil der unteren Haushalte und Anteil am Vermögen



Verteilung des weltweiten Gesamtvermögens 2014



2014: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. der Weltbevölkerung Zehntel

Shareholder Value-Kriterien

„Aktionäre als Eigentümer der Unternehmen müssen den ungeteilten Gewinn erhalten, denn jeder Dollar, den die Manager in Arbeit, Umwelt und öffentliche Belange stecken, nimmt den Aktionären das Recht, über ihr Eigentum zu entscheiden und ihre Gewinne etwa in anderen Unternehmen anzulegen, die ihnen rentabler erscheinen.

Manager, die sich zu sehr für die Belegschaft, die Gemeinden oder den Umweltschutz einsetzen, vergehen sich am Eigentum der Aktionäre.“

Jensen und Meckling, 1976, zit. n. Blomert, 2005

Drei Gründe für eine Nato der Wirtschaft

„Will er [der Westen] nicht an jedem Handelstag [der Börse] als Verlierer vom Platz gehen, muss auch er seine Betriebsräte domestizieren, seine Umweltgesetze lockern und die soziale Absicherung stückweise wieder an die Familie oder den Einzelnen zurück überweisen.“

Gabor Steingart

Spiegel Online 22.09.2006

Investitions-/Freihandels-/Deregulierungsabkommen

Bereits der **Marshall-Plan** von 1948 stellt ein Investitionsabkommen dar, dem 1952 das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (**GATT**) folgte. Dieses wurde 1995 durch die **WTO** abgelöst, der heute 160 Staaten als Mitglieder angehören. 1994 wurden **NAFTA** (North American Free Trade Agreement) und auch **TRIPS** (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) beschlossen, 1995 trat **GATS** (General Agreement on Trade in Services) in Kraft. Das von der WTO 1995 formulierte **MAI** (Multilaterale Abkommen über Investitionen) konnte wegen Frankreichs Ausscheiden 1998 nicht beschlossen werden. Das 2002 in Angriff genommene **TPP** (Trans-Pacific Partnership) wurde 2016 unterzeichnet. **CETA** (Comprehensive Economic and Trade Agreement), **TTIP** (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und **TiSA** (Trade in Services Agreement) wurden noch nicht verabschiedet. Im Juli 2015 wurde das **ITA** (Information Technology Agreement) beschlossen. Über **JEFTA** (Japan-EU-Free-Trade-Agreement) wird seit Jahren verhandelt.

Das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI)

Das MAI, an dem seit 1995 gearbeitet wurde, war ein internationales Vertragswerk zwischen transnationalen Konzernen, den OECD-Staaten und der Europäischen Union und wurde 1998 durch den Austritt Frankreichs ausgesetzt. Nach dem offiziellen Scheitern des MAI wurden weltweit über **3000 bilaterale Investitionsschutzabkommen** abgeschlossen, die die wesentlichen Elemente des MAI enthielten wie beispielsweise:

- **Schadenersatzansprüche für Konzerne gegenüber Regierungen** in deren Land **gestreikt** wird oder in dem bessere Arbeitnehmer- oder **Umweltschutzgesetze** in Kraft treten.
- Enteignungen dürfen nur im öffentlichen Interesse und im Zusammenhang mit sofortiger, **angemessener Entschädigung** vorgenommen werden.
Als Enteignung werden auch nationale Umwelt- und Sozialabgaben verstanden.
- In Konfliktfällen entscheidet ein autarkes Entscheidungsgremium.
Entscheidungen müssen nicht begründet werden, die Nationalstaaten haben kein Recht auf Akteneinsicht.
- **Mindestlaufzeit:** Zur Sicherung der getätigten Investitionen kann ein Staat erst nach **20 Jahren** aus dem Abkommen wieder austreten.

Der Anfang vom Ende des Neoliberalismus

„Mehrere Billionen Dollar haben internationale Fonds eingesammelt - bei den Reichen der Welt, aber auch bei Normalbürgern, die für ihr Alter vorsorgen, oder bei Banken und Versicherungen, die wiederum das ihnen anvertraute Geld mehren wollen. Rund um den Globus suchen sie nach Anlagechancen, sie spekulieren mit Währungen und Rohstoffen, Anleihen und Aktien. Sie nehmen ganze Volkswirtschaften in die Zange – und zunehmend auch deutsche Unternehmen. [...]

*Aber **wie soll ein nationaler Staat internationale Finanzströme regulieren?**“*

S. Afhüppe et al., Spiegel 18/2005, S. 130

Meyers Konversationslexikon 1891

„Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes [damals bei drei Prozent] wird vorzüglich darin gefunden, dass die besonders rentablen Capitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben. [...]

[Es müssten also] die neuen Länder, beispielsweise Afrika, sehr rasch durch europäische Capitalien erschlossen werden, damit einem solchen Sinken des Zinsfußes begegnet werde.

[Doch da auch das zu einer Umkehr des Zinstrends nicht ausreichen würde,] spricht denn alles dafür, dass wir noch einem weiteren Sinken des Zinsfußes entgegensehen.

Nur ein allgemeiner europäischer Krieg
könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Capitalzerstörung, welche er bedeutet.“

Nach Helmut Creutz, 2003

„Kriegskorridor“

„Inzwischen hat sich ein rund zehntausend Kilometer langer Korridor von »gescheiterten Staaten« gebildet, der sich vom Kongo über Mali, Lybien, den Sudan und Somalia bis nach Syrien, Irak und Afghanistan erstreckt. Seit der globalen Finanzkrise 2008 frisst sich der Staatsverfall auch bis an die Ränder Europas vor. Der Bürgerkrieg in der Ukraine ist ein typisches Beispiel dafür.“

2. Konventionelle Entscheidungsstrukturen

- Multidimensionales konventionelles Entscheidungsgestrüpp
- Anmerkungen zum Staat
- Wir sind der Staat
- Religionen
- Clandestine Organisationen
- Mont Pelérin Society
- Service-Clubs
- Politische Machtergreifung
- Gemeingut DDR?

Multidimensionales konventionelles Entscheidungsgestrüpp

**Staat
(failed states)**

Religionen

**Clandestine
Organisationen**

Parteien

Gewerkschaften

Genossenschaften

Wirtschaft

Gesundheitswesen

Wissenschaft

Es existieren unendlich viele Kreuz- und Querverbindungen

Staat: lokal - global

(mehr oder weniger demokratisch legitimiert)

- Kiez-, Kommunalebene
- Kreis-, Bezirksebene
- Landesebene
- Bundesebene
- EU
- Vereinte Nationen (UNO)
 - Weltgesundheitsorganisation (WHO)
 - Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
 - Internationaler Währungsfond (IWF)
- Welthandelsorganisation (WTO)
 - GATS
 - TRIPS
- Weltbank
- G7/G8/G20
- OECD
- BRICS etc.

Daniela Dahn zum Staat

Die Doktrin vom Staat als juristischer Person wurde 1837 von Wilhelm Eduard Albrecht formuliert. Da eine juristische Person rechts- aber nicht handlungsfähig ist, braucht sie Organe und für diese handelnde natürliche Personen. **Mit der Abstraktion des Staates als juristischer Person wurde dem Monarch die Souveränität entzogen ohne sie dem Volk zu geben.**

Souverän wurde der Staat als beide integrierendes abstraktes Wesen. Der Staat als Persönlichkeit soll dem Allgemeinwohl verpflichtet sein, löst aber nicht die Frage nach der Kontrolle dieser Persönlichkeit und der Entscheidungshoheit über die allgemeinen Interessen.

Diese Rolle könnte der „Tiefe Staat“ übernommen haben!

Wir sind der Staat

»Einen Tisch kann man umwerfen und eine Fensterscheibe zertrümmern, aber die sind eitle Wortmacher und gläubige Wortanbeter, die den Staat für so ein Ding oder einen Fetisch halten, den man zertrümmern kann, um ihn zu zerstören. Der Staat ist ein Verhältnis, ist eine Beziehung zwischen den Menschen, ist eine Art, wie Menschen sich zueinander verhalten; und man zerstört ihn, indem man andere Beziehungen eingeht, indem man sich anders zueinander verhält. Der absolute Monarch konnte sagen: „Ich bin der Staat“. Wir, die wir im absoluten Staat uns selbst gefangengesetzt haben, wir müssen die Wahrheit erkennen:

Wir sind der Staat - und sind es so lange, als wir nichts anderes sind, als wir die Institutionen nicht geschaffen haben, die eine wirkliche Gemeinschaft und Gesellschaft der Menschen sind. «

Gustav Landauer, 1910

Religionen

1 Indischer Ursprung

1.1 Hinduismus

1.2 Buddhismus

1.3 Weitere Religionen indischen Ursprungs

2 Abrahamitische Religionen

2.1 Judentum

2.2 Christentum

2.3 Islam

2.3.1 Sunniten

2.3.2 Schiiten

2.3.3 Charidschiten

2.3.4 Volksislam

2.3.5 Religionen islamischen Ursprungs

2.4 Bahai

3 Schriftlose Religionen und Religionen ethnisch-religiöser Gruppen

3.1 Orientalische Religionen

3.2 Zentralasiatische und fernöstliche Religionen

3.3 Afrikanische Religionen

3.4 Amerikanische Religionen

wikipedia, 27.07.2016

Clandestine Organisationen

(nicht demokratisch legitimiert)

- Freimaurer (weltweit ca. 5 Mio. Mitglieder)
- Burschenschaften
- Council on Foreign Relations
- Bilderberger
- Mont Pelerin Society
- Trilaterale Kommission
- Round Table Europe
- Davos
- Service-Clubs
- Geheimdienste
- etc.

Council on Foreign Relations (CFR)

»Unser Desinformationsprogramm wird erst abgeschlossen sein, wenn alles, was die Öffentlichkeit glaubt, falsch ist.«

William Casey, 1981,
ehemaliger CIA-Direktor und CFR-Vertreter

Nachdem der Beitritt zum Völkerbund nicht stattfand, gründeten 1921 international orientierte Bankiers, Unternehmer und Politiker in New York den *Council on Foreign Relations* (CFR; Rat für auswärtige Beziehungen) als privaten Think Tank und als **Lobby der weltmarkt- und weltmachtorientierten Wall Street-Interessen**. Der CFR ist maßgebend für die amerikanische Außenpolitik und Diplomatie des 20. Jahrhunderts zuständig.

CFR-Experten **formulierten** im Rahmen der *War and Peace Studies* die **amerikanische Kriegsstrategie** und die **Grundsätze der Nachkriegsordnung** sowie die **Satzungen von UNO, Weltbank und Weltwährungsfonds**.

Mont Pelérin Society (MPS)

1947 in Mont Pelérin, Schweiz, von 17 amerikanischen und 22 europäischen neoliberalen Ökonomen (u.a. Eucken, Friedman, Hayek, Mises, Popper, Röpke) gegründet und als Verein in den USA eingetragen.

Sie hat weltweit über 1000 Mitglieder und **100 Think-Tanks**.

1974-2002: **Nobelpreise für 8 MPS-Mitglieder**.

Ab 1975 unterwerfen Hayek und Friedman als **Berater Pinochets** Chile einer neoliberalen Radikalkur, errichten eine **'gesunde soziale Marktwirtschaft'** und bezeichnen Chile als **'gelobtes Land'**.

1979: **Thatcher** holt sich einige dieser Experten aus Chile.

1980: Durch **Reagan** Neoliberalismus auch in den USA.

Endgültige Implementierung **in Europa über Giscard d'Estaing**, der Vorsitzender des Europäischen Konvents und MPS-Mitglied war. **In Deutschland** verhilft dem Neoliberalismus das **Schröder-Blair-Papier** und die **Agenda 2010** zum Durchbruch.

Service-Clubs

Ein Service-Club (Wohltätigkeitsclub) ist eine formal organisierte Gruppe von Menschen, die auf der Grundlage gemeinsamer Werte freundschaftliche Beziehungen innerhalb des Clubs pflegen.

1. Rotary International (gegr. 1905, 1,2 Millionen Mitglieder)
2. Kiwanis International (gegründet 1915, 550.000 Mitglieder)
3. Civitan International (gegründet 1917, 50.000 Mitglieder)
4. Lions-Club (gegründet 1917, 1,351 Millionen Mitglieder)
5. Zonta International (gegründet 1919, 33.000 Mitglieder)
6. Soroptimist International (gegr. 1921, 93.000 Mitglieder)
7. Round Table International (gegr. 1927, 100.000 Mitglieder)
8. Ambassador Club International (gegründet 1956, 4200 Mitglieder)
9. FiftyOne International (gegr. 1966, erster auf dem europäischen Kontinent gegründeter Service-Club)

„Top Ten“ der Finanzinvestoren

Blackrock besitzt **70 Niederlassungen in 30 Staaten, ist Großaktionär in allen 30 deutschen DAX-Konzernen** und betreibt Alladin (*Asset Liability and Debt Derivative Investment Network*).

Diese Finanzinvestoren sind **Großaktionäre** in 300 der größten westlichen Kapitalgesellschaften mit Geld von anonym bleibenden

High Net Worth Individuals (HNWI):

Blackrock (in 282, 6.8 Bio. \$)

Vanguard (in 267, 5,1 Bio \$)

AXA (in 247, 0,75 Bio. \$)

State Street (in 247, 2,8 Bio. \$)

Fidelity (in 239, 2,5 Bio. \$)

JP Morgan Chase (in 219)

Capital Group (in 172, 1,7 Bio. \$)

BPCE (F, in 156)

Société Générale (F, in 122)

Legal & General Group (GB, in 106, 1.0 Bio. \$)

The „Big Four“ der Berater: KPMG, Deloitte, PwC, EY

Wirtschaftsprüfung, Steuer- Unternehmens- und Managementberatung mit Sitz in Zug, Schweiz, mit 200.000 Mitarbeitern in 154 Ländern. Sie helfen Konzernen mittels hochrangiger ehemaliger Mitarbeiter von Finanzverwaltungen Steuern vorwiegend grenzüberschreitend zu sparen. Auch wird die ideale Rechtsform und der „optimale“ Konzernaufbau ermittelt. Das hindert Regierungen aber nicht, sie ebenfalls anzuheuern und Millionenaufträge zu vergeben.

Digitale Vampire

**Google, Amazon, Microsoft, Facebook,
und Apple (GAMEA)**

Uber, AirBnB, Netflix, Parship etc.

Sie sammeln alle unsere Adressen und
Aktivitäten und sind zudem auch
verantwortlich für Monopol- und
Kartellbildungen, Steuerflucht,
Briefkastenfirmen, Niedriglohnheere
weltweit etc.

Rating Agenturen - S&P, Moody's und Fitch

Sie waren ursprünglich vom US-Staat beauftragt, Kreditwürdigkeit von Unternehmen, Staaten und Kommunen, aber auch von Wertpapieren festzustellen. Die sehr hohen **Honorare haben aber die Bewerteten selbst zu zahlen.** Es handelt sich also um ein organisiertes Insidergeschäft, das **zu Gefälligkeits- bis gezielten Falschbewertungen ausgeartet** ist.

Der Griff der Großkonzerne nach der Weltherrschaft

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) und die Vereinten Nationen (UN) haben ein **Memorandum of Understanding zur Intensivierung ihrer Zusammenarbeit** unterzeichnet. Es ist ein weiterer Meilenstein zur Selbstentmachtung der UN und für den WEF zu seinem erklärten Ziel - der Weltherrschaft.

Das WEF ist eine Lobby der 1000 größten multinationalen Konzerne, die sich "Die internationale Organisation für öffentlich-private Kooperation" nennt. In allen wichtigen Ländern hat das Forum in den größten Städten „Hubs“, in denen die „Global Shapers“ miteinander vernetzt werden. **Das Davos-Modell soll in den Status einer neuen expliziten Form der globalen Governance erhoben werden.**

‘Multi-Stakeholder-Gruppen’, ‘Öffentlich-Private-Partnerschaften’ oder ‘Koalitionen der Willigen und Fähigen’ sollen die Führungsrolle bei der Bewältigung ungelöster globaler Probleme übernehmen.

Die Konzerne sollen die Entscheidungen treffen und die UN und die Regierungen diese Entscheidungen dann den Völkern verkaufen und sie nachträglich legitimieren.

“Identifizierte Probleme können schneller angegangen werden, ohne zögerliche Regierungen, altmodische, engstirnige Manager und abweichende Meinungen in der Zivilgesellschaft.“

Die jährlichen Treffen des WEF in Davos, bei denen das Who is Who der internationalen Regierungschefs den Konzernmächtigen ihre Aufwartung macht, ist also nur die Spitze eines Eisbergs an Einflussnahme.

„Tiefer Staat?“

»Hinter dem, was wir für die Regierung halten, thront im Verborgenen eine Regierung ohne jede Bindung an und ohne jede Verantwortung für das Volk. Die Vernichtung dieser unsichtbaren Regierung und Zerschlagung der unheiligen Allianz von korrupter Wirtschaft und korrupter Politik ist die entscheidende politische Herausforderung dieser Zeit.«

Theodore Roosevelt, 1912

26. Präsident der USA und Friedensnobelpreisträger

Gegenökonomie


Dieser Neoliberalismus/Kapitalismus mit seinen aufgezeigten Bollwerken lässt sich nicht ehrenamtlich überwinden.

Wir benötigen eine **Gegenökonomie**, mit der wir diese Arbeit finanzieren können, denn unsere Gegner werden die erforderlichen Aktionen gegen sie nicht finanzieren.

3. Profitminimierung oder Gemeingutökonomie

- Auf der Suche nach Gegenstrategien
- Interne Investoren
- Die Produktionskette
- Gier, Angst oder nüchterne Vorsorge?
- Kurze Geschichte zweier Orangen
- Reintegration der Produktion in die Reproduktion
- Reichtum der Armen
- Über Genossenschaften
- Selbstversorgung
- Peer-to-Peer-Ökonomie
- 3D-Druck
- Share-Economy

Auf der Suche nach Gegenstrategien zur Profitmaximierung

 [Web](#) [Bilder](#) [Groups](#) [Verzeichnis](#) [News](#)

[Erweiterte Suche](#)
[Einstellungen](#)

Suche: Das Web Seiten auf Deutsch Seiten aus Deutschland

Web Ergebnisse 1 -3 von ungefähr 4 Seiten auf Deutsch für Profitminimierung . (0,12 Se

Meinten Sie: [Profitmaximierung](#)

[EndedteinflussIV](#)

... Verhältnis zwischen europäischem Unternehmer und melanesischem Arbeiter nehmen, insbesondere wenn eine Änderung in einer **Profitminimierung** resultieren konnte ...

www.uni-bayreuth.de/departments/neueste/EndedteinflussIV.htm – 41k [im Cache](#) – [Ähnliche Seiten](#)

[GESPRÄCH im November 1996 zwischen Bohne und Nico](#)

... Mansito zum Umgang mit BSE: "Man muß dazu eine kaltblütige Haltung einnehmen, um keine ungünstigen Marktreaktionen (sprich: **Profitminimierung**) zu provozieren ...

www.hohnest.de/Satire/satire.htm – 30k – [Zusätzliches Ergebnis](#) [im Cache](#) – [Ähnliche Seiten](#)

[the Project Antipop Network](#)

... Umweltschutz wird von der WorldTradeOrganization effektiv verhindert, da es **Profitminimierung** bedeuten würde, Umweltauflagen zu gehorchen....

schlabberbacke.piranho.com/main.html – 13k – [Zusätzliches Ergebnis](#) [im Cache](#) – [Ähnliche Seiten](#)

Um Ihnen nur die treffendsten Ergebnisse anzuzeigen, wurden einige Einträge ausgelassen, die den 3 bereits angezeigten Treffern sehr ähnlich sind.

Sie können bei Bedarf [die Suche unter Einbeziehung der übersprungenen Ergebnisse wiederholen](#)

Meinten Sie: [Profitmaximierung](#)

**APOSTOLISCHES SCHREIBEN
EVANGELII GAUDIUM
DES HEILIGEN VATERS
PAPST FRANZISKUS
AN DIE BISCHÖFE
AN DIE PRIESTER UND DIAKONE,
AN DIE PERSONEN GEWEIHTEN LEBENS
UND AN DIE CHRISTGLÄUBIGEN LAIEN
ÜBER DIE VERKÜNDIGUNG DES EVANGELIUMS
IN DER WELT VON HEUTE**

53. Ebenso wie das Gebot „du sollst nicht töten**“
eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des
menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute
ein „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung
und der Disparität der Einkommen“ sagen.
Diese Wirtschaft tötet.**

Aristoteles (334 v. Chr.)

„Das Geld ist um des Tausches willen erfunden worden, durch den Zins vermehrt es sich dagegen durch sich selbst. [...] Diese Art des Gelderwerbs ist also am meisten gegen die Natur.“

**Aristoteles, Politik, 1. Buch,
Kap. 3, 1259 a**

Bibel

2. Buch Mose (Exodus) 22 , Vers 24:

»Wenn du Geld verleihst an einen aus meinem Volk, an einen Armen neben dir, so sollst du an ihm nicht wie ein Wucherer handeln; du sollst keinerlei Zinsen von ihm nehmen.«

5. Buch Mose (Deuteronomium) 23, Vers 20:

»Du sollst von deinem Bruder nicht Zinsen nehmen, weder für Geld noch für Speise noch für alles, wofür man Zinsen nehmen kann.«

Martin Luther

Luther schrieb 1540: „*Darum ist ein Wucherer und Geizhals wahrlich kein rechter Mensch; er sündigt auch nicht eigentlich menschlich! Er muß ein Werwolf sein, schlimmer noch als alle Tyrannen, Mörder und Räuber, schier so böse wie der Teufel selbst! **Er sitzt nämlich nicht als ein Feind, sondern als ein Freund und Mitbürger im Schutz und Frieden der Gemeinde** und raubt und mordet dennoch gräulicher als jeder Feind und Mordbrenner. Wenn man daher die Straßenräuber, Mörder und Befehder rädert und köpft, um wieviel mehr noch sollte man da erst alle Wucherer rädern und foltern, alle Geizhälse verjagen, verfluchen und köpfen.“*

Katholische Kirche

Im Mittelalter versuchte man, das **strenge Zinsverbot der Kirche und des Staates** durch allerhand Titel und Verträge zu umgehen. Die **französische Revolution** räumte die letzten Schranken dieser Titel und Verträge weg. Die **Zinswirtschaft/der Kapitalismus** erlangt die volle Herrschaft über die Gesellschaft.

Die Katholische Kirche hatte zwar noch in ihrem Gesetzbuch (Codex Juris Canonici von 1543) in der Fassung von **1917/18** die Regelung, dass ein **Darlehensvertrag keinen Gewinn rechtfertige**, allerdings verbunden mit dem Zusatz, dass **weltliches Gesetz eine abweichende Vereinbarung erlauben könne**. Beides wurde im Zuge der Neufassung von **1983 ersatzlos gestrichen**, das Zinsverbot damit also endgültig vollständig aufgehoben.

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

2009 hatten **Theologen und gläubige Wirtschaftswissenschaftler** in einem **Thesenanschlag an der Frankfurter Paulskirche** gefordert, die Kirche solle aus dem Zinssystem aussteigen und **Christen sollten keine Zinsen mehr zahlen oder bezahlen lassen.**

Der Leiter der Finanzabteilung der EKD, Thomas Begrich, hat sich skeptisch zu einem Zinsverbot geäußert. Er glaube, dass ein solcher **Ausstieg aus dem Wirtschaftssystem nicht praktikabel** sei.

Genossenschaftsgesetz

Das **einzigste deutsche Gesetz, das ein Zinsverbot enthält (§ 21)** ist das Genossenschaftsgesetz.

Dies kann jedoch leider seit **1973 mit § 21a durch die Satzung aufgehoben** werden und damit auf die Geschäftsanteile der Mitglieder eine Dividende ausgezahlt und die Umverteilung von unten nach oben wieder hergestellt werden. **Damit wird der ursprünglich angestrebte profitfreie Raum dem Profit wieder geöffnet.**

Reichtum der Armen

„Da die Arbeitskraft der Armen die Goldgrube für die Reichen darstellt, [...] warum sollten also die Armen nicht imstande sein, sich selber zu erhalten, indem sie diese Reichtümer zum eigenen Vorteil ausnützten, und dabei noch etwas übrig behielten? Man brauchte sie nur in Form eines »Vereins« oder einer Kooperation zu organisieren, in der sie ihre Tätigkeiten gemeinschaftlich ausüben könnten.“

John Bellers, 1696

Reintegration der Produktion in die Reproduktion

»Historisch hat sich der [profitmaximierende] Markt von den Grundstoffen, den Vor- und Zwischenprodukten immer weiter vorgeschoben und immer mehr **reproduktive Bezüge okkupiert**; nicht nur bis zu den Endprodukten, die direkt in die Konsumtion eingehen, sondern darüber hinaus bis zur Vermittlung der Konsumtion selber in Form von Dienstleistungen und bis in den Intimbereich. [...]

Für eine **emanzipatorische Bewegung**, die sich der Notwendigkeit bewusst ist, **aus Keimformen** heraus die **gesellschaftliche Identität von Produktion und Konsumtion auf einer höheren Entwicklungsstufe wiederherzustellen**, folgt daraus, daß sie in genau **umgekehrter Reihenfolge von den Dienstleistungen und den direkt in die Konsumtion eingehenden Endprodukten ausgehend**, dem Markt seine historische Beute wieder entreißen muss, um von diesen Endpunkten aus die gesamte **Reproduktion aufzurollen und emanzipatorisch umzuformen**, bis sie bei den Grundstoffen angelangt und das warenproduzierende System aufgehoben ist.«

Kooperativen

»Die Initiativen für entkoppelte Sektoren der Reproduktion können durchaus Kooperativen oder Genossenschaften genannt werden; nur daß es sich eben nicht um warenproduzierende Unternehmen, sondern um **autonome Bereiche mit einer sozialen Identität von Produktion und Konsumtion** handeln würde. Es gibt wenigstens ein Beispiel für einen solchen Ansatz, das die alte Arbeiterbewegung hinterlassen hat, und das waren die **Konsumgenossenschaften**. Es ist merkwürdig und zeigt wiederum die Ignoranz der 'orthodoxen' Marxisten und der postmodernen Linken, daß die bloße Erwähnung dieses Worts bei ihnen sämtliche Scheuklappen fallen läßt.«

Robert Kurz, 1997

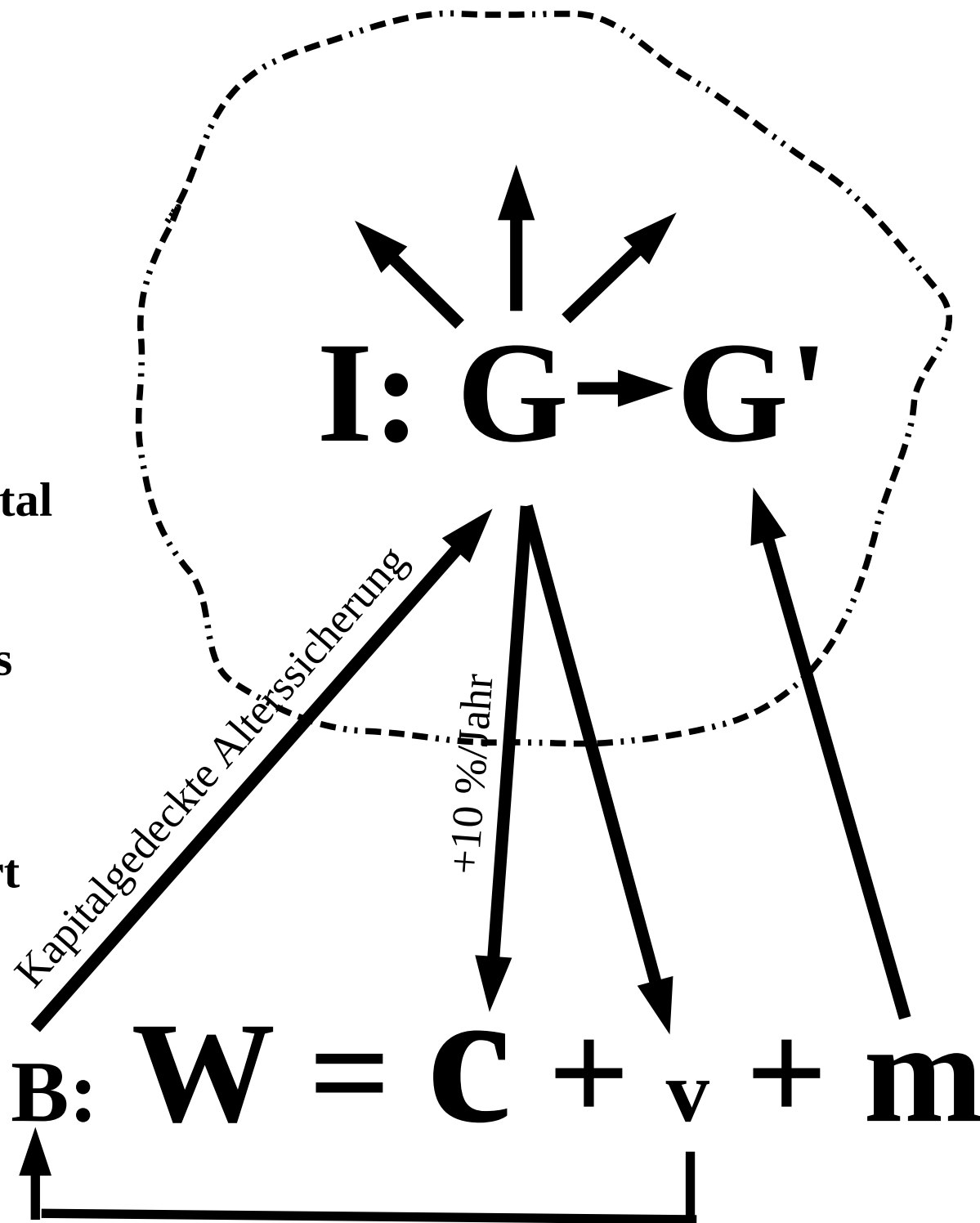
Rückgewinnung des Gemeinguts

Parallel zum Prozess der kapitalistischen Akkumulation

haben sich seit etwa 1760 auch Gegenkräfte entfaltet, die Infrastruktur und Ressourcen, die von ihnen zum Überleben benötigt wurden, in ihr gemeinsames Eigentum überführten, indem sie die **externen Investoren** durch sich selbst als **interne Investoren** ersetzten. Diese Entwicklung wird hier als **Gemeingutökonomie** bezeichnet. Sie ist als Teil der Solidarischen Ökonomie zu verstehen.

Elinor Ostrom hat sich in „Governing the Commons“ zusätzlich mit den Entscheidungsstrukturen solcher Bereiche befasst. **Wichtig war für sie, dass es zwischen Privat und Staat eine dritte Ebene, die Gesellschaft,** gibt, die sich selbst versorgt und eigene, vom Staat unabhängige Entscheidungsstrukturen entwickelt.

I: Investor
G: Geldkapital
B: Bürger
W: Wert
**c: konstantes
Kapital**
**v: variables
Kapital**
m: Mehrwert



Wertgesetz der Gemeingutökonomie

Wenn der **Konsument als interner Investor** die Produktion und mit der Zeit auch die Infrastruktur und die Ressourcen für die Produktion der Dinge, die er zu seiner Reproduktion benötigt, selbst (vor-)finanziert, **fällt der Zwang, externe Investoren finanzieren zu müssen und damit auch der Mehrwert, weg.**

Es kann der Konsument mit dem Produzenten dann darüber sprechen, ob die Löhne (v) erhöht oder die Preise (W) gesenkt werden bzw. zur Arbeitserleichterung die Infrastruktur (c) ausgebaut wird.

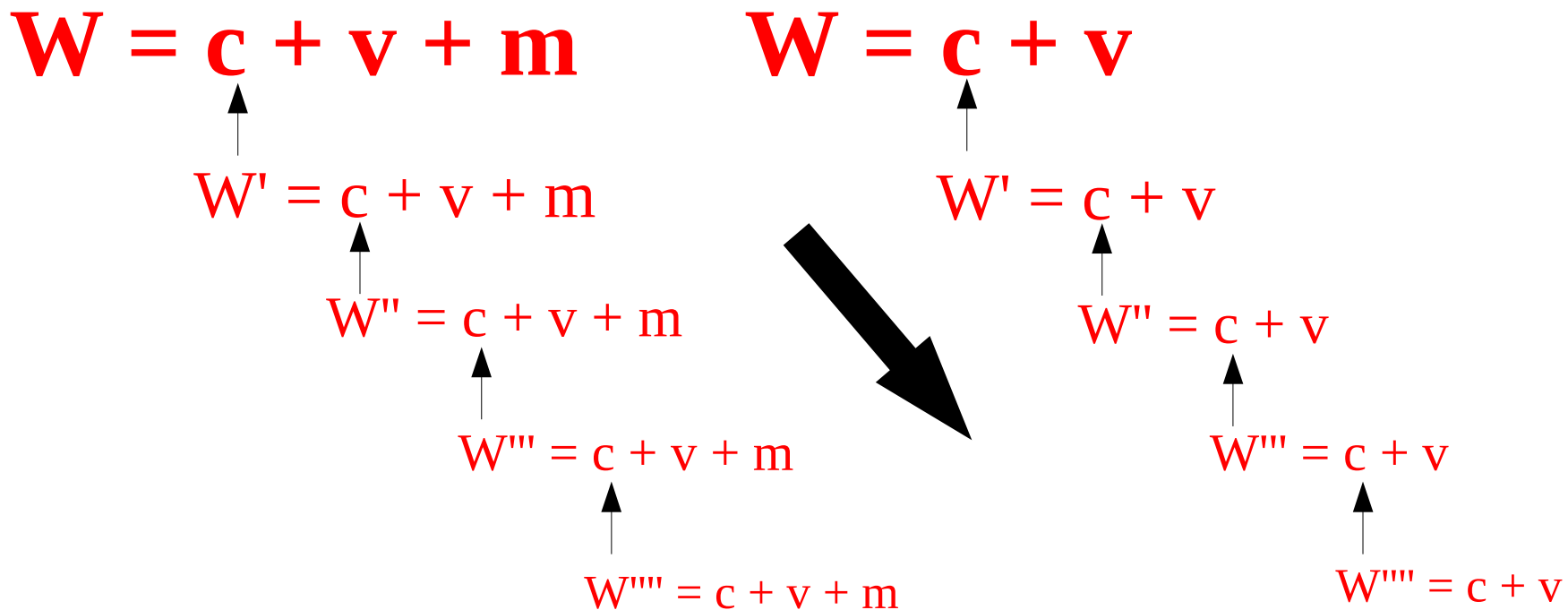
~~I: Investor~~
~~G: Geldkapital~~
B: Bürger
W: Wert/Preis
c: konstantes
Kapital
v: variables
Kapital
~~m: Mehrwert~~

B: W = c + v

The diagram features the equation $B: W = c + v$ in large, bold, black font. A thick black arrow starts from the top of the 'B' and points down to the 'W'. Another thick black arrow starts from the top of the 'W' and points down to the 'B', forming a rectangular loop that encloses the equation.

Die Produktionskette

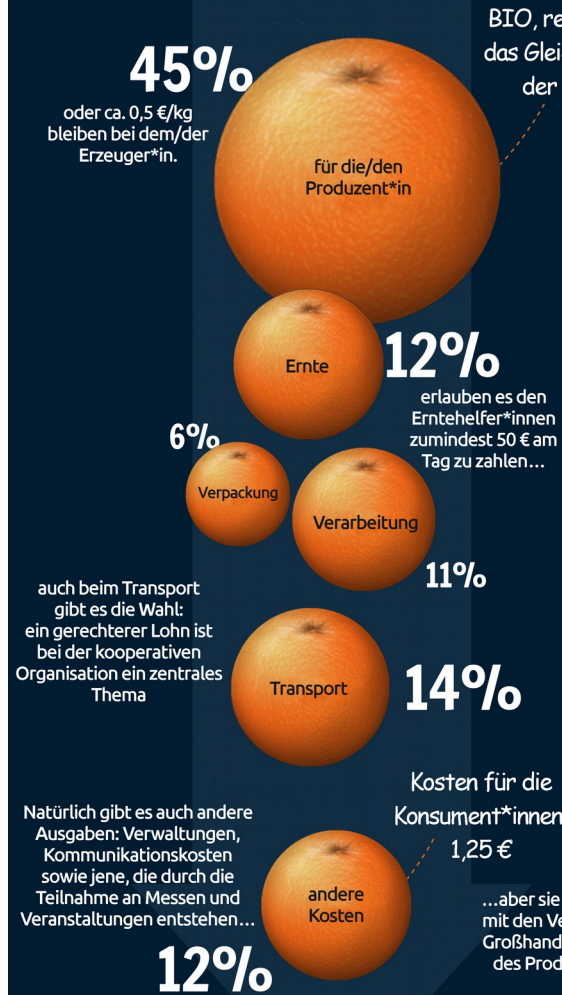
In der Gemeingutökonomie wird der Mehrwert am wirksamsten von der Dienstleistungsseite her aus den Produktionsketten eliminiert, da hier zunächst die geringsten Kosten anfallen.



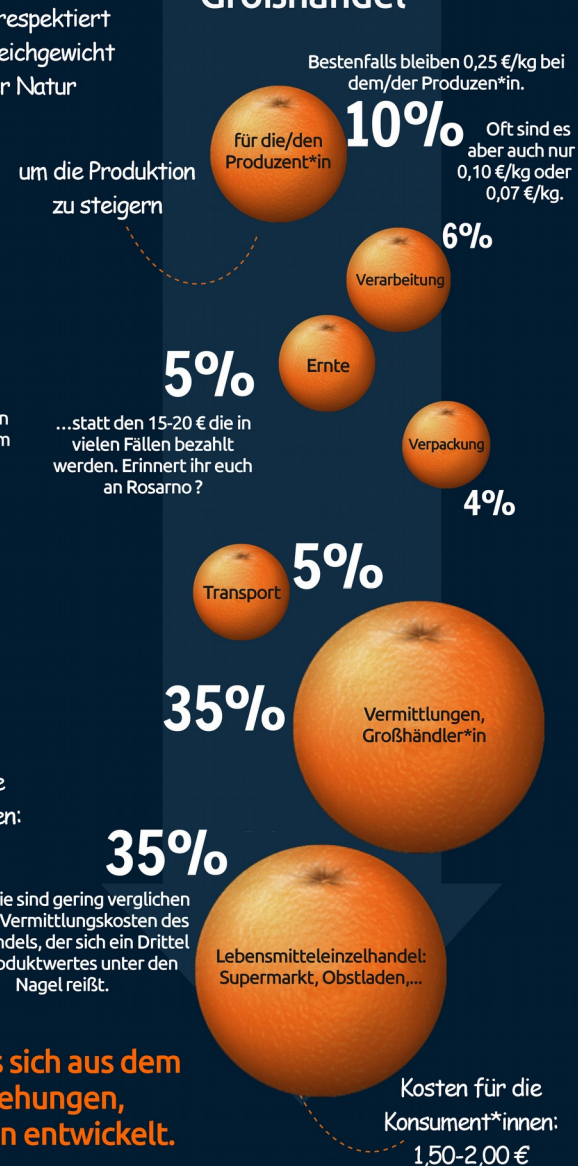
Kurze Geschichte zweier Orangen

Es gibt einen Unterschied. Dieser Unterschied zeigt sich von Anfang an und während der ganzen Reise. Es ist nicht nur eine Frage des Preises oder der Qualität. Der Unterschied besteht darin, ob man sich nun allein inmitten von Wölfen fühlt oder Teil eines Netzwerkes ist, das sich vom Joch eines Wirtschaftssystems befreit, welches im Namen der Profitmaximierung jede*n zermalmt, die/der sich der blinden Erlangung dieses Zieles entgegenstellt.

Der Weg über Foodcoops



Der Weg über den Großhandel



Aber was am meisten zählt ist, dass sich aus dem Ganzen, ein Netzwerk aus Beziehungen, Freundschaften und Kooperationen entwickelt.

Gier, Angst oder ganz nüchterne Vorsorge?

Der Mensch durchläuft in seinem Leben **drei ökonomische Grundphasen**: in der ersten Phase, der Kindheit und Jugend, braucht er mehr Leistungen von der Gesellschaft, als er ihr geben kann, in der zweiten Phase, der Lebensmitte, kann er ihr mehr geben, als er von ihr braucht und in der dritten Phase, dem Alter, ist es wieder umgekehrt.

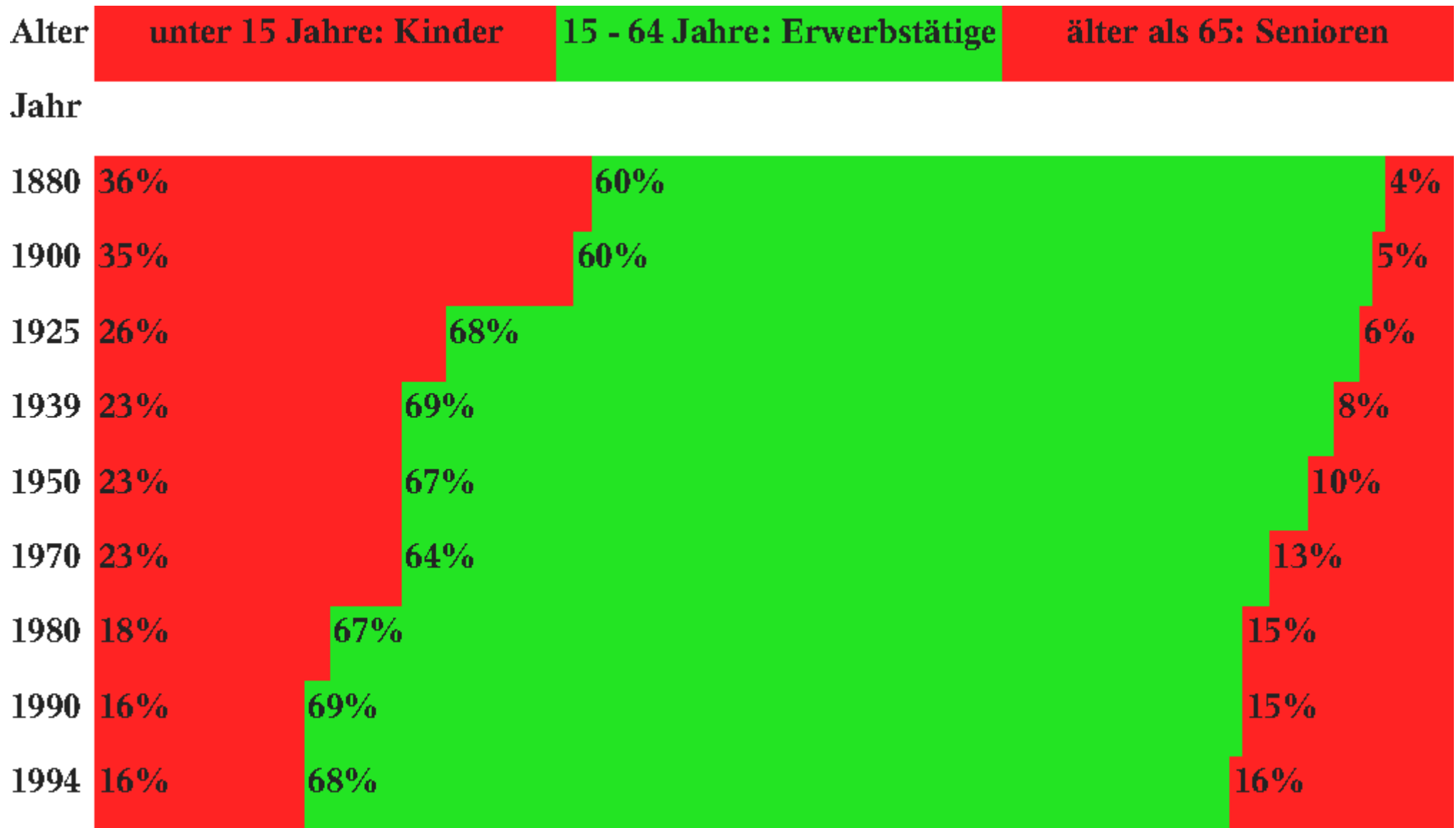
Ein großes Problem ist der Überschuss in Phase zwei: Er wird neben dem sozialversicherungspflichtigen Umlageverfahren im Kapitalismus in der Regel als **kapitalgedeckte Alterssicherung** gespeichert. Die dadurch sich aufhäufenden Kapitalmassen werden meistens über Versicherungen, Fonds und Banken auf den Finanzmärkten eingesetzt und kommen dann - wenn nicht gecrasht - als „Heuschreckenkapital“ zurück.

Eine Billion Riesterrentenkapital ist beispielsweise mündelsicher und renditeträchtig **in der Rüstungsindustrie** angelegt.

Das Problem der Alterssicherung könnte durch geeignete Projekte gelöst werden, in die direkt investiert wird und aus denen diese Investitionen bei Bedarf wieder abrufbar sind.

Das wäre z.B. **über Geschäftsanteile bei Genossenschaften** möglich, die eine geregelte Verwaltung der Finanzen betreiben.

Alterssicherung



4. Alternative

Entscheidungsstrukturen

- Ostroms Bauprinzipien langlebiger Allmende-Ressourcen
- Anerkennung und Vertrauen
- Gesetzliche Regelung von Entscheidungsstrukturen
- Initiative – Gesellschaft bürgerlichen Rechts
- Der eingetragene (ideelle) Verein
- Die Genossenschaft
- Genossenschaftsprinzipien
- Rückvergütung
- Vertreterversammlung
- Novellierung des Genossenschaftsgesetzes
- Ausschüsse statt Vertreterversammlung

Gemeingut DDR?

Wie fatal sich das **Fehlen partizipativer Entscheidungsstrukturen** auswirken kann, lässt sich vielleicht am besten am Beispiel der DDR veranschaulichen: Artikel 12 der wohl von **Karl Polak** entworfenen Verfassung der DDR lautete:

*„Die Bodenschätze, die Bergwerke, Kraftwerke, Talsperren und großen Gewässer, die Naturreichtümer des Festlandssockels, Industriebetriebe, Banken und Versicherungseinrichtungen, die volkseigenen Güter, die Verkehrswege, die Transportmittel der Eisenbahn, der Seeschifffahrt sowie der Luftfahrt, die Post- und Fernmeldeanlagen sind **Volkseigentum**. **Privateigentum daran ist unzulässig.**“*

In diesem Zusammenhang **Peter Linebaugh:**

„There are no commons without commoning“

Westliches und östliches Eigentumsrecht

Die Mauer hat nicht nur Deutschland gespalten,
sondern – wohl von kaum jemand ausreichend
registriert – **westliches von östlichem
Eigentumsrecht getrennt.**

Es wird in Artikel 12 der Verfassung der DDR
auch nicht von **Staatseigentum**, sondern von
Volkseigentum gesprochen.

Im Grundgesetz Artikel 15 werden die Begriffe
Vergesellschaftung und **Gemeingut** verwendet.
**Ist Volkseigentum vergesellschaftetes
Gemeingut?**



Elinor Ostrom bei der Nobelpreisverleihung

Elinor Ostrom (* 7. 8.1933 in Los Angeles, Kalifornien, USA, † 12.6.2012 in Bloomington, Indiana, USA) war Professorin für Politikwissenschaft an der Indiana University in Bloomington. Von 1996 bis 1997 war sie Präsidentin der American Political Association.

2009 wurde ihr als erster Frau der Wirtschaftsnobelpreis zuerkannt. In der Würdigung der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften heißt es:
Ostrom habe gezeigt, „wie gemeinschaftliches Eigentum von Nutzerorganisationen erfolgreich verwaltet werden kann“.

Mit Ostroms Hauptwerk ***„Governing the commons. The evolution of institutions for collective action“*** (Verfassung der Allmende) wird weltweit ein neues Denken angestoßen:
Es geht nicht mehr allein um staatliche Regulierungsfragen, sondern darum, wie die Erde als Ganzes von den Menschen nachhaltig und solidarisch genutzt und gepflegt werden kann.

Ostroms Bauprinzipien langlebiger Allmenderessourcen-Institutionen

1. **Klar definierte Grenzen und ein wirksamer Ausschluss von externen Nichtberechtigten**
2. Regeln bezüglich Aneignung und Bereitstellung der Allmenderessourcen müssen an die lokalen Bedingungen angepasst sein
3. **Die Betroffenen nehmen an Vereinbarungen zur Ausarbeitung und Änderung der Regeln teil**
4. **Überwachung der Einhaltung der Regeln durch die Betroffenen**
5. **Abgestufte Sanktionsmöglichkeiten bei Regelverstößen**
6. **Mechanismen zur Konfliktlösung**
7. Die Selbstbestimmung der Gemeinschaft wird durch übergeordnete Regierungsstellen anerkannt
8. Einbettung in ein komplexeres System

Tabelle 5.2. Bauprinzipien und Qualität der Institutionen

	klar definierte Grenzen und Teilnehmer	kongruente Regeln	Arenen für kollektive Entscheidungen	Überwachung	Abgestufte Sanktionen	Konfliktlösungsmechanismen	Anerkanntes Organisationsrecht	Eingebettete Unternehmen	Qualität der Institutionen
Törbel, Schweiz	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nr ^a	robust
japanische Bergdörfer	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nr	robust
Valencia, Murcia u. Orihuela, Spanien	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	robust
Raymond-, West-Coast- u. Central-Becken (gegenwärtig)	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	robust
Alicante, Spanien	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja ^b	ja	robust
Bacarra-Vintar, Philippinen	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	robust
Alanya, Türkei	nein	ja	schwach	ja	ja	schwach	schwach	nr	fragil
Gal Oya, Sri Lanka	ja	ja	ja	ja	c	schwach	schwach	nr	fragil
Port Lameron, Kanada	ja	ja	schwach	ja	ja	ja	nein	nein	fragil
Bucht von Izmir u. Bodrum, Türkei	nein	nein	nein	nein	nein	nein	schwach	nein	gescheitert
Mawelle, Sri Lanka	nein	ja	nein	ja	ja	nein	nein	nein	gescheitert
Kirindi Oya, Sri Lanka	ja	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	gescheitert
Raymond-, West-Coast u. Central-Becken (früher)	nein	nein	nein	nein	nein	ja	ja	nein	gescheitert
Mojave-Grundwasserbecken	nein	nein	ja	nein	nein	ja	ja	nein	gescheitert

^a nr = nicht relevant

^b mit zwei größeren Ausnahmen von 1739 bis 1840 und von 1930 bis 1950

^c Informationen fehlen

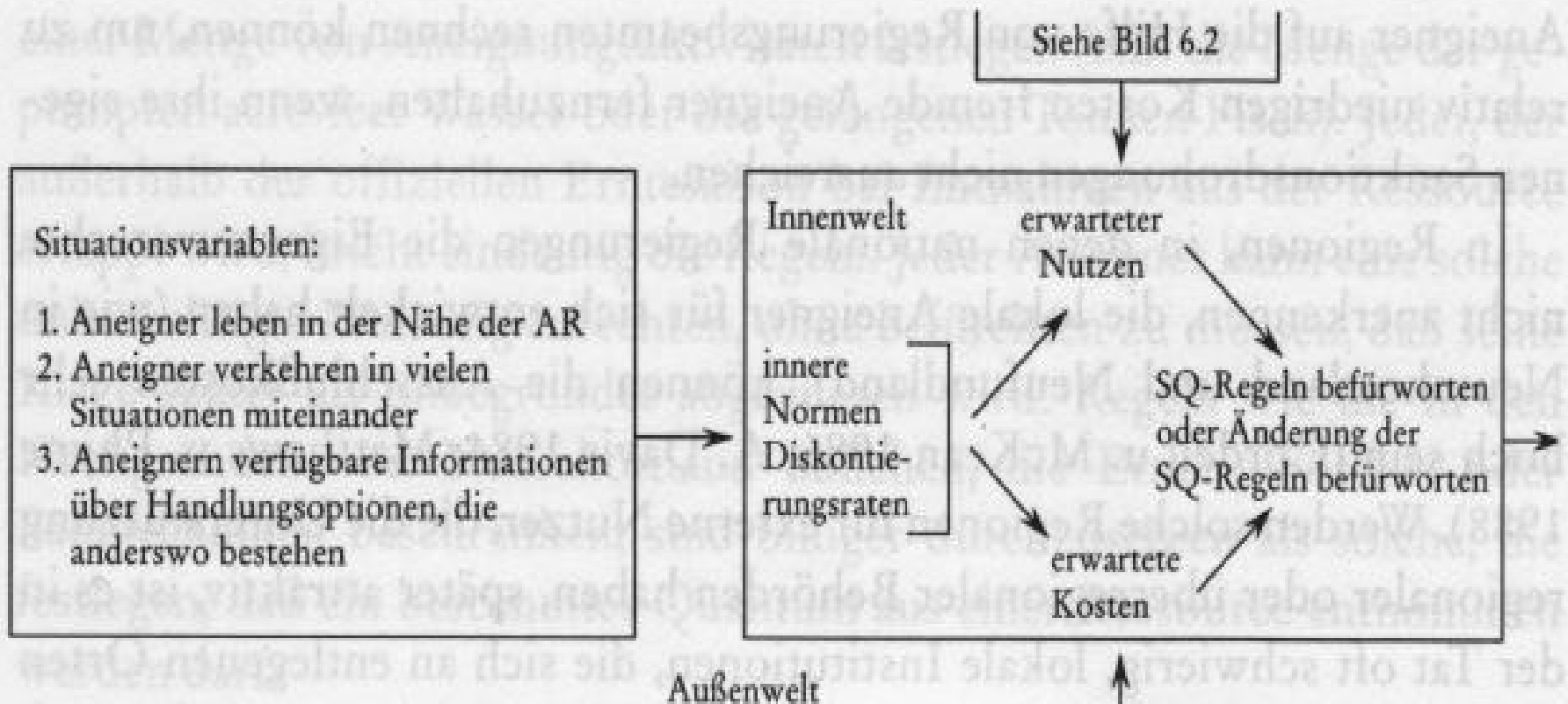


Bild 6.5. Situationsvariablen, die innere Normen und Diskontierungsraten beeinflussen

Anerkennung und Vertrauen

Die Entscheidungsstrukturen (Regeln, Kontrollen, abgestufte Sanktionen etc.) müssen so beschaffen sein, dass die Mitglieder einer Gruppe/Keimzelle sich gegenseitig anerkennen und Vertrauen zueinander fassen.

Das setzt voraus, dass der Entscheidungsraum profitfrei, geschlossen und transparent ist und jedeR sich zurechtfindet und mitentscheiden kann.

Besondere Beachtung erfordern nach Ostrom **Trittbrettfahrer, Drückeberger und Opportunisten**, die die Atmosphäre stark beeinträchtigen können.

Wie weit sind bei uns gesetzlich fixierte Regeln geeignet, ein Governing oder „Commoning“ zu verwirklichen?

Gesetzliche Regelung von Entscheidungsstrukturen

Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Altrechtliche Verein

Eingetragener (ideeller) Verein (e.V.)

Wirtschaftlicher Verein

Nicht eingetragener Verein

Eingetragene Genossenschaft (eG)

Kooperationsgesellschaft (mbH)

Stiftung

Unternehmergesellschaft (mbH)

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Aktiengesellschaft (AG)

Die Genossenschaft

Die Genossenschaft ist ein über mehr als 2 Jahrhunderte im gesellschaftlichen Dialog erprobtes Grundmodell einer Entscheidungsstruktur vor allem für ökonomische Projekte.

Sie stellt einen Zusammenschluss von natürlichen und/oder juristischen Personen dar, deren Ziel der Erwerb oder die wirtschaftliche, soziale und/oder kulturelle Förderung ihrer Mitglieder durch einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb ist.

Hierbei wird zwischen **Verbraucher-, Bau-, Bank-, Absatz- und Produktionsgenossenschaften etc.** unterschieden.

Als Rechtsgrundlage gilt das Genossenschaftsgesetz (GenG) von 1867 bzw. 1889 (Letzte Novellierung: 2017)

In Deutschland ist etwa jeder 4. Bürger (insgesamt 22 Mio.), auf europäischer Ebene jeder 3. (140 Mio.) und auf globaler Ebene jeder 7. Erdenbürger (800-1000 Mio.)

Genossenschaftsmitglied.

Struktur einer Genossenschaft

Mitgliederversammlung

(Vertreterversammlung,
möglich ab 1500 Mitgliedern)

Vorstand/Geschäftsführung

Aufsichtsrat

Genossenschaftsverband

(Prüfverband)

Ein Verein hat nur die Mitgliederversammlung und den Vorstand. Die Genossenschaft hat zusätzlich den Aufsichtsrat, der ursprünglich zwischen den jährlichen Mitgliederversammlungen die Interessen der Mitglieder gegenüber dem Vorstand vertreten sollte.

Vertreterversammlungen sollten zugunsten von Ausschüssen oder Arbeitsgruppen vermieden werden. Der Genossenschaftsverband überwacht die wirtschaftlichen Aktivitäten der Genossenschaften.

Ursprüngliche Genossenschaftsprinzipien

- Identitätsprinzip
- Freiwillige und offene Mitgliedschaft
- Demokratieprinzip
 - Förderprinzip
 - Rückvergütung
- Beschränkte Kapitalverzinsung
- Politische und konfessionelle Neutralität
 - Barzahlung
 - Bildungsarbeit

Das Identitätsprinzip

Das Identitätsprinzip besagt, dass in Genossenschaften grundsätzlich zwei sonst durch den kapitalistischen Markt getrennte ökonomische Rollen des Individuums - die des Konsumenten und die des Produzenten - in einer Organisation vereint sind.

Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft und der Zeichnung von Geschäftsanteilen ist das Mitglied **finanzieller Träger** der Genossenschaft.

Das Mitwirken in der Generalversammlung, im Vorstand bzw. im Aufsichtsrat ist nur einem Mitglied möglich und macht es damit zum **personellen Träger** der Genossenschaft.

Grundsätzlich ist das Mitglied auch der **Kunde** der Genossenschaft (Mitgliedergeschäft).

Geschäfte mit Nicht-Mitgliedern sind prinzipiell als genossenschaftsfremd anzusehen. Will eine Genossenschaft Nichtmitgliedergeschäfte tätigen (z.B. Probekäufe zulassen), muss dies in der Satzung ausdrücklich festgehalten werden.

Das **Mitglied** produziert in der Genossenschaft oder lässt in der Genossenschaft Güter und Dienstleistungen für sich produzieren und kann damit **Produktdesigner, Auftraggeber und/oder Produzent** in der Genossenschaft sein.

Konsumenten werden so **Eigentümer, Entscheider, und Produzent**.

In Wohnungs(bau)genossenschaften werden die Mieter ihr eigener Vermieter und - über die Mitgliederversammlung - ihr eigener Hausverwalter, ja sogar ihr eigener Bauherr. In Genossenschaftsbanken werden die Schuldner zum eigenen Gläubiger und - über die Mitgliederversammlung - prinzipiell Auftraggeber bzw. Verwalter der Bank. Auch in Wasser- und Energiegenossenschaften sind solche Strukturen verwirklicht. Die Rolle des Konsumenten und des Produzenten verschmelzen miteinander.

Demokratieprinzip

Im Gegensatz zur Aktiengesellschaft oder der GmbH hat nach dem Demokratieprinzip der Genossenschaften **jedes Mitglied eine Stimme**, unabhängig von der Anzahl der erworbenen Geschäftsanteile. (Allerdings wurde dieses Prinzip mit der letzten Novellierung des Genossenschaftsgesetzes (2006) durch die Möglichkeit eines Mehrstimmrechtes für Investoren durchbrochen.)

Anders als in Parteien und Gewerkschaften galt in den Genossenschaften **seit ihren Anfängen gleiches Stimmrecht für Frauen und Männer**. Alle Mitglieder haben grundsätzlich gleiche Rechte und Pflichten.

Durch die Vertreterversammlung mutiert die direkte Demokratie zur repräsentativen Demokratie.

Rückvergütung

Genossenschaften waren ursprünglich als **gegen den Kapitalismus gerichtete profitfreie Räume** gedacht. Überschüsse sollten den Mitgliedern als Abnehmer ihrer Produkte oder Dienstleistungen in einer, an der Inanspruchnahme der Genossenschaftsleistungen orientierten Rückvergütung (nicht an den Geschäftsanteilen orientierten Rendite) zurückgegeben werden. Sie wurde 1812 erstmals in einer Genossenschaft praktiziert, die wohl dadurch 153 Jahre existierte. Diese Rückvergütung (der Gewinn kommt ja durch zu hoch kalkulierte Preise zustande) ist auch heute noch steuerfrei, kann also **vor Steuern vom Gewinn abgezogen** werden. Die Rückvergütung ist gegenüber dem Finanzamt ein **Alleinstellungsmerkmal** der Genossenschaften.

Genossenschaftsgesetz

Das **einzigste deutsche Gesetz, das ein Zinsverbot enthält (§ 21)** ist das Genossenschaftsgesetz.

Dies kann jedoch seit 1973 mit § 21a durch die Satzung leider aufgehoben werden und damit auf die Geschäftsanteile der Mitglieder eine Dividende ausgezahlt und die Umverteilung von unten nach oben wieder hergestellt werden. **Hierdurch wird damit der ursprünglich angestrebte profitfreie Raum dem Profit wieder geöffnet.**

Die Vertreterversammlung

Da es für Genossenschaftsmitglieder eine Anwesenheitspflicht gab, fand man mit der Zeit keine ausreichenden Räumlichkeiten mehr. 1922 wurde deshalb in Deutschland für Genossenschaften über 3.000 Mitgliedern fakultativ und über 10.000 Mitgliedern obligatorisch die Mitgliederversammlung durch die Vertreterversammlung ersetzt. 1926 wurden diese Grenzen dann auf 1500 bzw. 3.000 Mitglieder herabgesetzt. **Damit wurde die direkte Demokratie in den Genossenschaften durch eine repräsentative Demokratie ersetzt.**

Die Nachteile dieses gesetzlichen Eingriffs in die genossenschaftliche Selbstverwaltung bewährte sich nicht, die obligatorische Vertreterversammlung ab 3.000 Mitglieder wurde 1993 wieder aus dem Genossenschaftsgesetz entfernt. Damit nicht alle Satzungen geändert werden mussten, wurde den Genossenschaften freigestellt, über 1.500 Mitgliedern die Vertreterversammlung beizubehalten.

Zur Problematik der Vertreterversammlung schreibt Michael Becker:

„Das Delegiertenprinzip behindert die Wahrnehmung elementarer Genossenschaftsrechte. Genossen, die nicht Vertreter sind, haben kein Stimmrecht in der Vertreterversammlung. Sie haben nicht einmal Zutrittsrecht, können nicht das Wort zu Punkten der Tagesordnung ergreifen oder ihr Informationsrecht ausüben.“

§43 (7) Virtuelle Mitgliederversammlung

Die Satzung kann zulassen, dass Beschlüsse der Mitglieder schriftlich oder **in elektronischer Form gefasst** werden; das Nähere hat die Satzung zu regeln. Ferner kann die Satzung vorsehen, dass in bestimmten Fällen Mitglieder des Aufsichtsrats im Wege der **Bild- und Tonübertragung** an der Generalversammlung teilnehmen können und dass die Generalversammlung in Bild und Ton übertragen werden darf.

Ausschüsse statt Vertreterversammlung

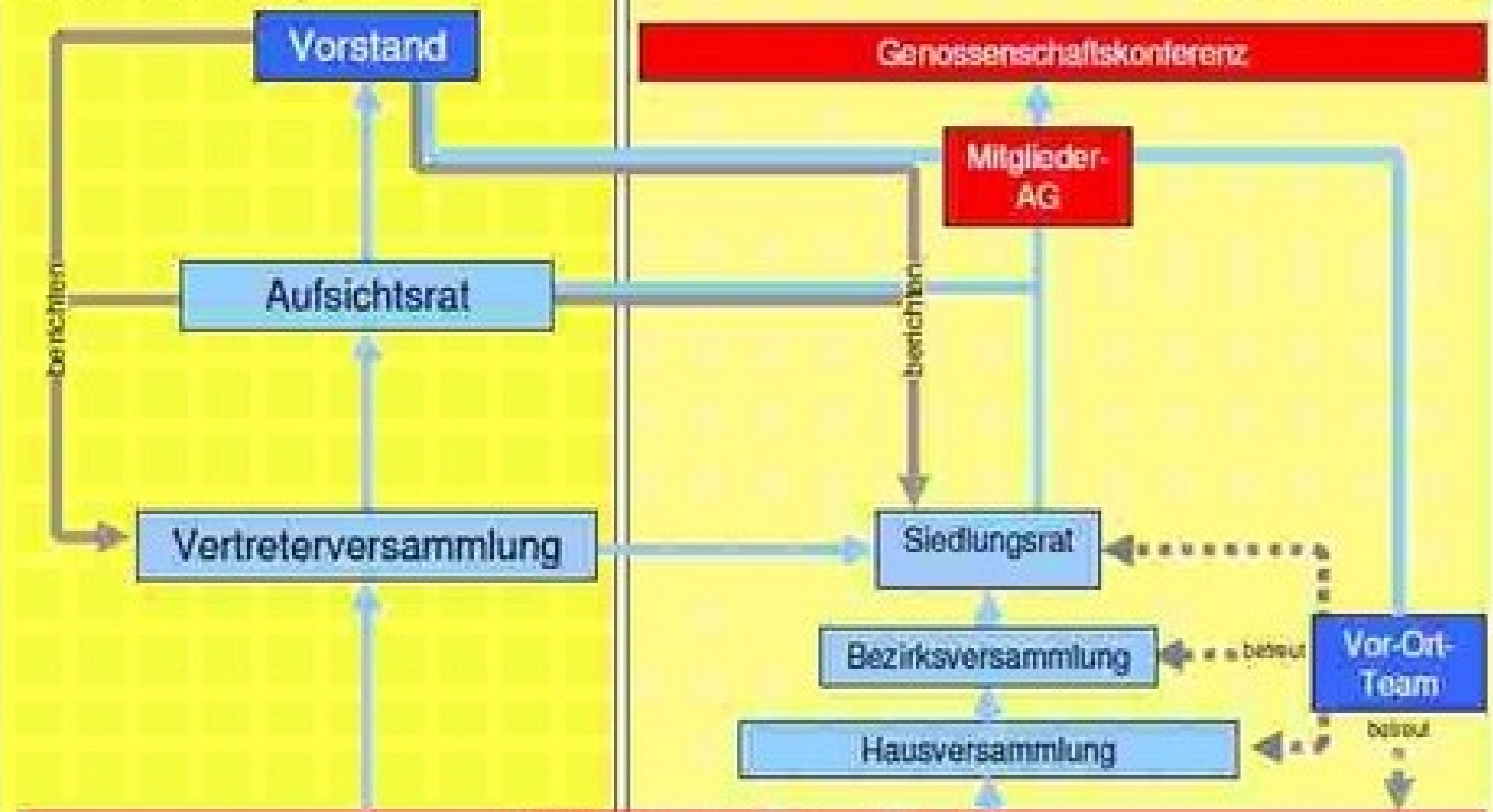
Statt der Vertreterversammlung sollten (und zwar von der Mitgliederversammlung) nur noch Ausschüsse oder Arbeitsgruppen eingerichtet werden.

In Wohnungsgenossenschaften wäre das beispielsweise für folgende Aufgaben sinnvoll:

- **Belegung**
- **Finanzen/Preisgestaltung**
- **Baumaßnahmen**
- **Ökologie/Wärmedämmung/Heizen/Solarenergie**
- **Begrünung des Geländes**
- **Lebensmittelbeschaffung/Konsum**
- **Soziales**
- **Bildung**
- **Kultur etc.**

Gesetzliche Selbstverwaltung

Erweiterte Selbstverwaltung



Gremien nach Genossenschaftsgesetz

Gremien der Erweiterten Selbstverwaltung

Hauptamtliche Mitarbeiter

Vollversammlung der Verbrauchergemeinschaft
(Gemeindeausschüsse zur Formulierung des allgemeinen Lebensbedarfs)

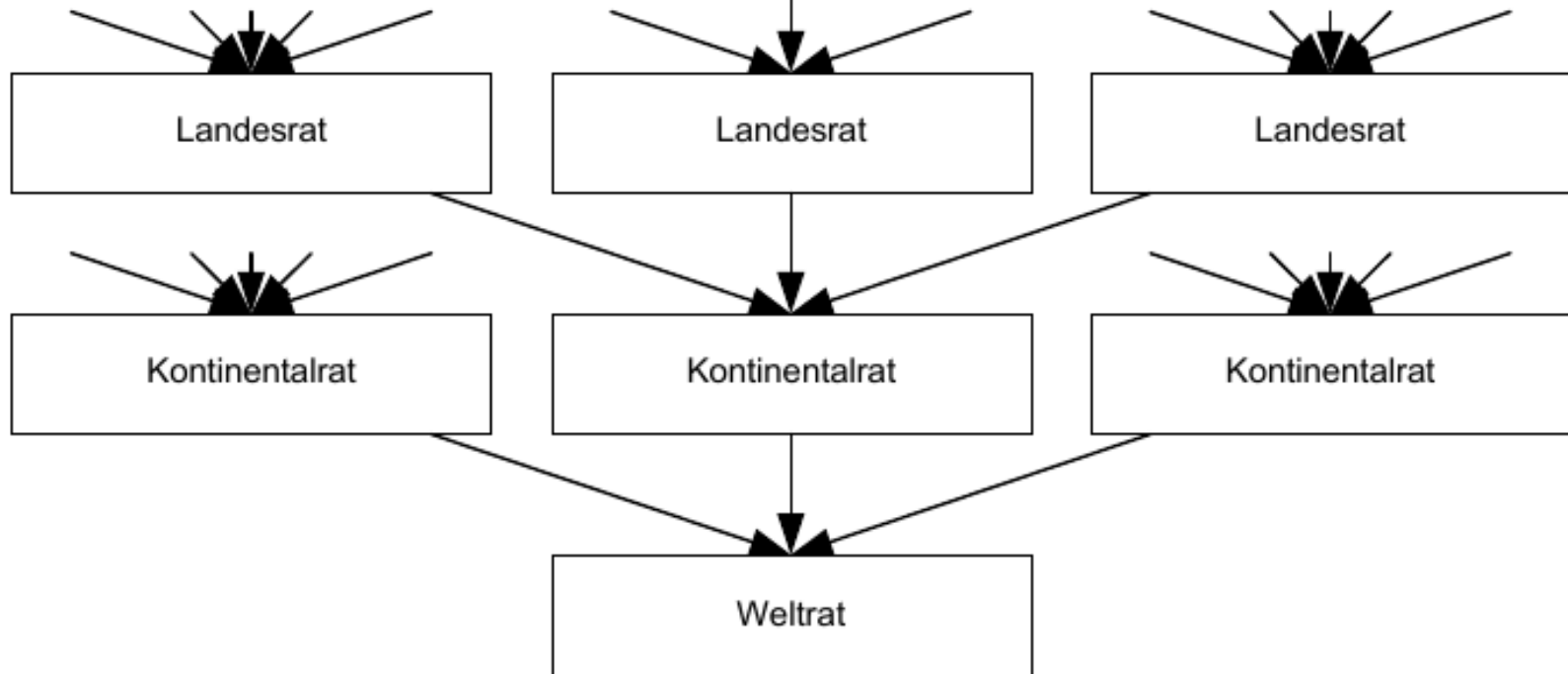
Fortbildungsvereinigung
(Gemeindeausschüsse zur Feststellung zusätzlicher Lehrveranstaltungen)

Produktionsgenossenschaften
(Gemeindeausschüsse zur Produktionsplanung sowie zur Feststellung des Produktions- und Rohstoffbedarfs)

Gemeindevollversammlung / Gemeinderäte

Räteebene

**Dies ist die Informations-,
Beratungs- und
Koordinationsebene**



Zapatistas

In der Silvesternacht 1993/94, als das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) zwischen Kanada, den USA und Mexiko gefeiert wurde, krochen im südlichsten und ärmsten Bundesstaat Chiapas, **vermummte indigene Guerilleros aus ihren Verstecken im Nebel des Urwalds und nahmen San Cristóbal de las Casas und sechs weitere Provinzstädte im Handstreich ein.**

Sie würden kämpfen für „Arbeit, Land, Wohnung, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden“. Das „Volk von Mexiko“ solle sich ihnen anschließen.

Beim **„Ersten Interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus“ vom August 1996** in Aguascalientes, wo **3.000 Besucher aus 42 Ländern zusammen mit 2.000 Mexikanern debattierten**, wurde deutlich: **Der ungezügelte Kapitalismus muss nicht das Ende der Geschichte sein.**

Kommunale Räte in Venezuela

Im Jahr 2006 wurde das Gesetz über Kommunale Räte verabschiedet und löste eine explosionsartige Gründungswelle dieser Räte (consejos comunales) aus. Entscheidungsorgan dieser Räte sind die **Nachbarschaftsversammlungen**. Alle

BewohnerInnen ab dem 15. Lebensjahr wählen **SprecherInnen für verschiedene Bereiche wie Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur**, die die Arbeit der Kommunalen Räte unterstützen. Mehrere kommunale Räte können sich zu einer **Comuna** und mehrere Comunas und Räte schließlich zu einer **Kommunalen Stadt** zusammenschließen. Es existieren etwa **50.000**

Kommunale Räte. Sie bestehen in städtischen Gebieten aus etwa 200 bis 400, in ländlichen Gebieten aus 20 und in indigenen Gemeinden aus 10 Familien.

Finanziert werden die Räte zunächst z.T. durch den Staat und seine Institutionen. **2017 fand die erste Nationale Versammlung von 1700 kommunalen Städten**

statt. Die kommunalen Räte können die in Venezuela bereits bestehenden etwa 200.000 Kooperativen mit Aufträgen versehen, ja sogar selbst Kooperativen gründen. Die Kooperativen haben damit eine beachtliche Zahl von Auftraggebern erhalten, die ihre Situation und die der gesamten Gesellschaft grundlegend stabilisieren können. Über sie werden die Verbraucherinteressen direkt in die Produktion eingebracht.

Nach: **Dario Azzelini: Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune**

Rojava

Rojava entspricht in etwa den überwiegend kurdisch bewohnten Regionen im Norden Syriens entlang der Grenze zur Türkei. Es ist in **vier Regionen (Efrîn, Şehba, Kobanê und Cizîrê)** untergliedert.

Im Verlauf des Bürgerkriegs in Syrien gab die syrische Regierung gegen Ende des Jahres 2013 die Kontrolle über die Regionen an der Nordgrenze auf. Lokale kurdische Kräfte übernahmen nach den **Vorstellungen von Bookchin und Öcalan** vielerorts die Kontrolle. Am 12. November 2013 beschloss die **„Partei der Demokratischen Union“** gemeinsam mit der christlichen Einheitspartei und weiteren Kleinparteien im Norden Syriens eine **Übergangsverwaltung** aufzustellen, um den durch den Krieg entstandenen Missständen in Verwaltung und Versorgung der Bevölkerung zu begegnen. Am 21. Januar 2014 folgte die Etablierung der Verwaltung in Cizîrê, am 27. Januar in Kobanê und einige Tage später auch in Efrîn.

Bürgerrat in Deutschland

In Irland haben 2015 für besonders strittige Themen, an die sich das Parlament nicht herantraute (z.B. Ehe für alle, Abtreibungsverbot) per Los zusammengestellte Bürgerräte Lösungen gefunden. Das Parlament fand die Vorschläge überzeugend und die Bürgerinnen und Bürger haben in Referenden mit deutlicher Mehrheit entschieden.

Davon inspiriert organisierte u.a. „Mehr Demokratie“ den „Bürgerrat Demokratie“, der am 13./14. und 27./28.09.2019 mit Günther Beckstein als Vorsitzendem in Leipzig stattfand. Es beteiligten sich an ihm 163 über ein Losverfahren bestimmte **Bürger aus ganz Deutschland** in 12 Arbeitseinheiten. Konkret ging es um die Frage, ob es zusätzlich zu den Parlamenten, also **zur repräsentativen Demokratie, weitere Beteiligungsformen** der Bürger geben muss. Am 15.11.2019 wurde das Bürgergutachten mit 22 konkreten Vorschlägen dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble überreicht.

Die vier wichtigsten Empfehlungen des Bürgerrats

1. Unsere bewährte repräsentative Demokratie soll durch eine Kombination von Bürgerbeteiligung und Volksentscheiden auf Bundesebene ergänzt werden.
2. Es soll per Zufallslos berufene Bürgerräte auf Bundesebene geben.
3. Es soll bundesweite Volksentscheide geben.
4. Es soll eine unabhängige Stabsstelle für Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie eingerichtet werden.

Zur Stärkung demokratischer Prozesse, die sich nicht auf Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie beziehen, soll:

5. Ein Lobby-Register auf Bundesebene geschaffen werden.

5. Entfaltung der Gemeingutökonomie

- Erste Gründungen „neuer“ Genossenschaften
- Die Rochdaler Pioniere
- Mit Genossenschaften verbundene Menschen
- Entfaltung der Genossenschaften in Deutschland
- Die Konsumgenossenschaften und das Dritte Reich
- Konsumgenossenschaften im Westen
- Konsumgenossenschaften im Osten

Erste Gründungen „neuer“ Genossenschaften

Während Elinor Ostrom vorwiegend Genossenschaften beschrieb, die **Ressourcen** verwalten, bildeten sich im Kapitalismus des 18. Jahrhunderts im Bereich der Daseinsvorsorge auch Genossenschaften heraus, die sich mit der **Infrastruktur und den Dienstleistungen** einer Ökonomie gegen den Kapitalismus befassten. Von folgenden Pionieren wird berichtet:

- 1760: **Werftarbeiter** von Chatham und Woolwich betreiben eine **eigene Mühle** und eine **eigene Bäckerei** um ihre Lebenshaltungskosten zu senken.
- 1769: **Weber** aus Fenwick in Schottland betreiben einen **gemeinsamen Wareneinkauf** für ihre Familien.
- 1777 bis 1800: Zwei schottische und eine englische **Lebensmittel-Assoziation** betreiben je einen **Laden**.
- 1799: Robert **Owen** gründet in New Lanark, Schottland, in einer Baumwollspinnerei zahlreiche kleine Arbeits- und Lebensgemeinschaften. Die Fabrik wurde 1825 von Owen verkauft und zerfiel.
- 1812: In Lennoxton in Schottland gründet die *Friendly Victualling Society* die weltweit erste Genossenschaft mit einem **Rückvergütungssystem**, die **153 Jahre** existierte, bis sie 1965 mit einer Nachbargenossenschaft verschmolzen wurde.
- 1827: William **King** und William **Bryan** gründen im südensüdtlichen Badeort Brighton die *Co-operative Trading Association*, die erste **konsumgenossenschaftliche Bewegung mit etwa 300 Genossenschaften**. Sie gaben die erste **Genossenschaftszeitung** den „**Co-operator**“ heraus. In den 1830er Jahren zerfiel die Bewegung wieder, weil sie den Genossen weder niedrigere Preise noch Rückvergütung anbot.
- 1832: **Weber** gründen in **Rochdale** auf der Basis von Kings Ideen die Rochdale Friendly Cooperative Society und eröffnen einen **Genossenschaftsladen**, der jedoch nach 2 Jahren wieder geschlossen werden musste. Sie hatten ihrer Kundschaft Kredit gewährt und dann selbst kein Geld mehr um Waren einzukaufen.

Die Rochdaler Pioniere

1844 haben, der Streiks und der sozialen teils blutigen Kämpfe überdrüssig, 28 Weber, die *Redlichen Pioniere von Rochdale (Rochdale Society of Equitable Pioneers)*, auf der Basis ihrer eigenen Versuche (1832) und der ihrer Vorgänger zur Selbstversorgung einen **Lebensmitteladen** eröffnet. In den ersten Jahren arbeiteten die Genossen ehrenamtlich. Erst als die Mitgliederzahl 600 überstieg (1848) wurden die **ersten Angestellten** entlohnt. 1849 wurde ein **Buch- und Zeitungsladen** eingerichtet, 1850 eine **Schule für Kinder** und 1855 eine **Schule für Erwachsene**. 1850 erwarb man Anteile an einer **Kornmühle**, die damit zum ersten **Produktionsbetrieb der Konsumgenossenschaft** wurde. Eine **Baumwollspinnerei und -weberei**, eine **Schlachtere**i etc. kamen in den nächsten Jahren hinzu.

Die Arbeiter, die sich bislang mit verfälschten Produkten ernährt und mit minderwertigen Stoffen gekleidet hatten, bezogen jetzt vorzügliche Lebensmittel, webten selbst ihre Kleiderstoffe, mahlten selbst das Korn, schlachteten selbst ihr Vieh. 1860 wurde auch eine **Unterstützungskasse für Krankheits- und Todesfälle** eingerichtet und immer weitere Lebensbereiche konnten selbstbestimmt verwaltet werden. Die Rochdaler Pioniere beschlossen deshalb die **Rücklage von Geldern für soziale und kulturelle Aufgaben** und für den weiteren Ausbau ihres Unternehmens.

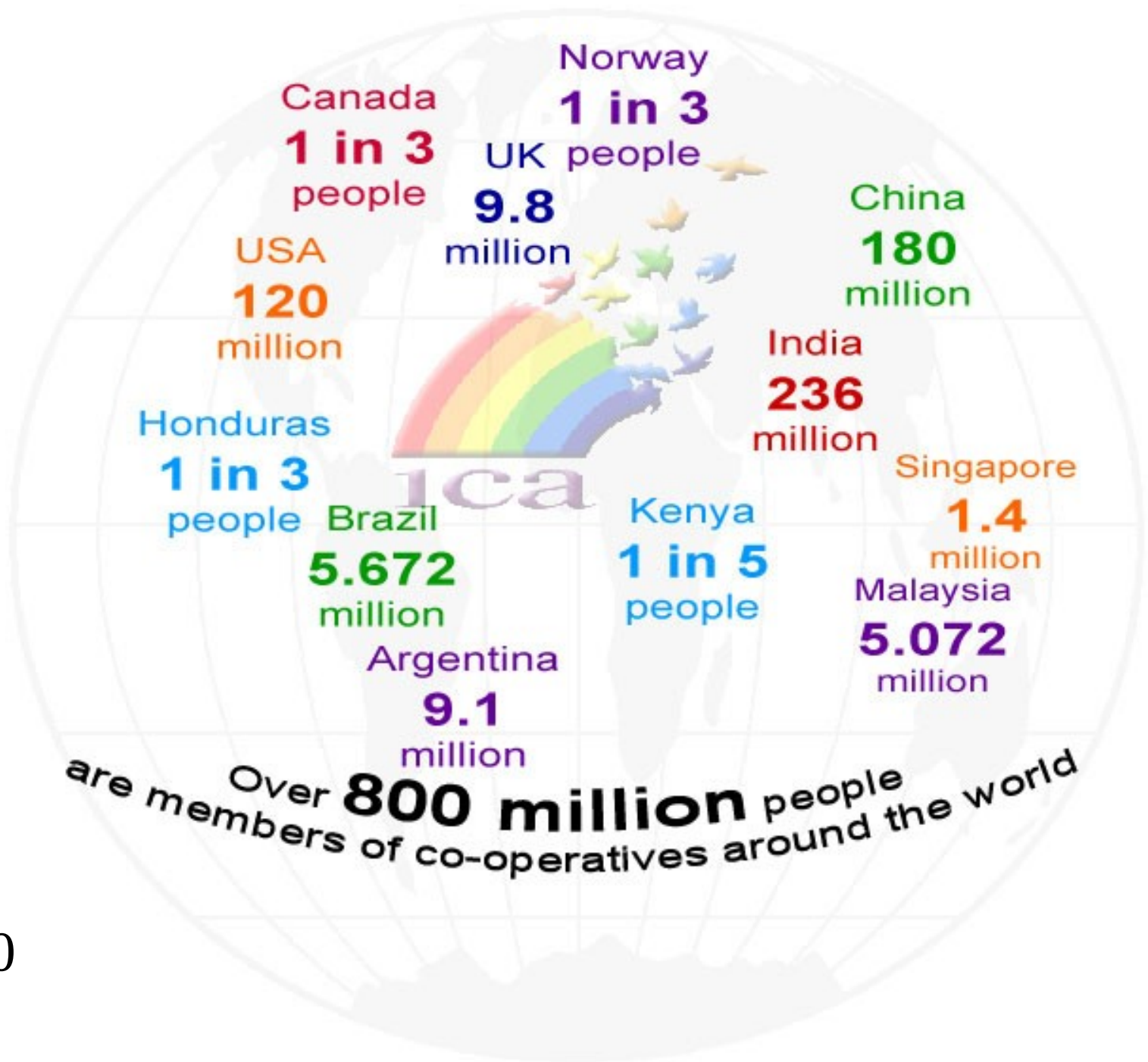
Rochdale war Vorbild für alle weiteren Gründungen von Konsumvereinen und Genossenschaften, die sich weltweit ausbreiteten und heute insgesamt 800 Millionen bzw. inzwischen wohl 1 Milliarde Mitglieder haben. Rochdale nennt sich aufgrund seiner Geschichte bis heute *Birthplace of co-operation* (Geburtsort des Genossenschaftswesens).

Über Genossenschaften

*„Aber doch haben die Arbeiter, die ihren Konsum zusammengetan haben, schon **eigene Fabriken,***

Großbäckereien, Schlächtereien, eine Großeinkaufsgesellschaft mit eigenen Dampfern.

Wo kam das Geld her zu diesen vielen Grundstücken, Baulichkeiten, Fabriken und Maschinen? Sie haben ihre Kundschaft organisiert! Kundschaft ist Kredit; Kredit ist wirtschaftliche Macht, [...] die Arbeitgeber sind die Konsumenten, die Arbeitnehmer die Produzenten; und beides sind dieselben Personen, und es gibt keine Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr.“



Mit Genossenschaften verbundene Menschen

Weltweit gibt es also über 800 Millionen Genossenschaftsmitglieder in über 88 Ländern.

Etwa 100 Millionen Arbeitsplätze werden von Genossenschaften bereitgestellt. 700 Millionen Mitglieder sind somit Verbraucher.

Da im Mittel Familien etwa 3-4 Mitglieder haben und in der Regel nur ein Familienmitglied Genossenschaftsmitglied ist, sprach **Elmar Altvater von 2,5 Mrd. Menschen**, die mit Genossenschaften verbunden sind.

Dieses gute Drittel der Menschheit lebt bereits in ansatzweise **profitfreien Räumen und kann dort alternative Entscheidungsstrukturen** praktizieren.

Entfaltung der Genossenschaften in Deutschland

- 1845: Erste Gründungen von Konsumvereinen in Sachsen
- 1867: Verabschiedung des ersten Genossenschaftsgesetzes
- 1892: **Die SPD untersagt ihren Mitgliedern die Mitwirkung in Konsumgenossenschaften und auferlegt ihnen, Gründungen entgegenzutreten**
- 1894: Gründung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GEG) in Hamburg
- 1902: **Ausschluss der Konsumgenossenschaften aus dem Allgemeinen Verband von Schulze-Delitzsch durch die Produktivgenossenschaften**
- 1903: Deshalb Gründung des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK)
- 1905: a) Genossenschaften haben 1 Million Mitglieder
b) Gewerkschaften fordern erstmals auf, Genossenschaften zu unterstützen
- 1910: a) Auf dem **Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress** in Kopenhagen wird weltweit aufgefordert, Konsumgenossenschaften beizutreten und weitere zu gründen.
b) die SPD hebt das Verbot der Mitwirkung in Genossenschaften auf
- 1918-22: Beitrittswelle von etwa 1 Million Mitgliedern
- 1930: **3,5 Millionen Mitglieder, mit Familie etwa 10 Millionen versorgte Personen**



„Frieda - wenn Deine Mutter ooch in's „Konsum“ kooft, wärste schon lange een kräftiges Kind - sag's ihr!“

LEO TOLSTOI

„Die Gründung und
Förderung von Konsum-
genossenschaften ist
die einzige soziale
Tätigkeit, die sich
einem moralischen
Menschen, der kein
Bedrucker seiner
Nächsten sein will,
in unserer Zeit ziemt.“

(Aus einem Briefe Leo Tolstois.)



Verbraucher macht euch wirtschaftlich frei!
Werdet Mitglied im
KONSUMVEREIN

VORWÄRTS

Die Konsumgenossenschaften und das Dritte Reich

Der reaktionäre Mittelstand forderte die sofortige Auflösung der Konsumgenossenschaften als "jüdisch-marxistischer Machenschaften", was allerdings zu bedrohlichen Ernährungsengpässen geführt hätte. Der

Angriff auf die Konsumgenossenschaften erfolgte deshalb schrittweise auf mehreren Ebenen:

- Das 1933 bereits erlassene Rabattgesetz reduzierte in § 5 die Rückvergütung auf den handelsüblichen Rabattwert von 3%,
- es wurden regelrechte Beutezüge veranstaltet und überall Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften zerstört,
- bereits zugesagte Kredite wurden gestrichen,
- Neugründungen wurden verboten,
- eine Konzessionspflicht wurde eingeführt,
- Zentralen und Filialen der Arbeiterbank, der Volksfürsorge und eines Teils der Baugesellschaften wurden besetzt,
- die demokratische Selbstverwaltung wurde durch das Führerprinzip ersetzt, d.h. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden von oben bestellt. (z.B.: Als sich Vorstände diesem Vorhaben widersetzen, marschierte eine Hundertschaft SA auf. Als die Anwesenden der Gewalt weichen wollten, wurden sie teilweise mit Waffengewalt daran gehindert, den Saal zu verlassen. Die entsprechende Neubesetzung von Vorstand und Aufsichtsrat war dann nur noch reine Formsache.)
- in Pressekampagnen wurde der wirtschaftliche Bankrott unterstellt und einzelnen Genossenschaftlern persönliche Bereicherung vorgeworfen,
- 1934 Erlass des Kreditwesengesetzes,
- Einlagen mussten ausbezahlt werden,
- das 1935 erlassene "Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften" schrieb vor, dass wirtschaftlich gefährdete Konsumgenossenschaften aufzulösen seien,
- 1941: das **Vermögen der ca. 1.500 Konsumgenossenschaften mit ca. 12.000 Läden, 400 Lagern, 300 Bäckereien, 60 Fleischereien und 200 sonstigen Betrieben** wurde in das neu gegründete Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront überführt.

Konsumgenossenschaften im Westen

Nach dem Dritten Reich hatten die Konsumgenossenschaften in der BRD mit vielen externen (aber natürlich auch internen) Problemen zu tun, die zum Teil auch mit dem „Wirtschaftswunder“ zusammenhingen:

- Weiterbestehen von Gesetzen des Dritten Reiches (Rabattgesetz (bis 2002) und Kreditwesengesetz)
- Neoliberalisierung des genossenschaftlichen Denkens und Handelns (etwa ab 1952)
- Einführen des Nichtmitgliedergeschäfts (Anbieterseite des kapitalistischen Marktes)
- Erstarren der Konkurrenz durch amerikanische Supermärkte und amerikanisches Kapital
- Aufnahme von Krediten (externe Investoren, Kreditexpansion)
- Das steigende Lohnniveau machte die Mitgliedschaft in Genossenschaften überflüssig
- Für die - entsprechend dem steigenden Anspruchsniveau - stetig wachsende Produktpalette wurde die genossenschaftliche Entscheidungsstruktur zu schwerfällig

Konsumgenossenschaften im Osten

Der SMAD-Befehl 176 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (*Über die Wiederherstellung der Konsumgenossenschaften in der Sowjetischen Besatzungszone* vom 18. Dezember 1945) regelte zunächst den Wiederaufbau der Konsumgenossenschaften in der DDR.

Behinderungen der Konsumgenossenschaften in der DDR erfolgten aber dann zugunsten der Handelsorganisation (HO) und erstreckten sich u.a. auf folgende Maßnahmen:

- 1949 wurde der "gesellschaftliche Einzelhandel" erstmals in den Volkswirtschaftsplan einbezogen.
- 1953 sollten die Konsumgenossenschaften per SED-Beschluss den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf das Land verlegen.
- 1956 wurden sie gesetzlich der Weisungsbefugnis des Ministeriums für Handel und Versorgung unterstellt, und damit quasi verstaatlicht.
- 1960 musste der genossenschaftliche Großhandel zugunsten des staatlichen Großhandels aufgegeben werden,
- 1968 wurden Bäckereien (z.B. Lichtenberg) dem VEB Backwarenkombinat angegliedert.
- Der Konsum Berlin musste wichtige Objekte wie die Markthalle, die Ackerhalle, das Bauarbeiterhotel und die Bauarbeiterversorgung abgeben.
- Die Konsumgenossenschaften sollten durch die staatlichen Handelsorganisationen (HO) abgelöst werden.

6. Beispiele Inland

- Wirtschaftliche Selbsthilfe
- Wohnungsgenossenschaften
- MieterhäuserSyndikat
- Konsumgenossenschaften
- Genossenschaftsbanken
- Energiegenossenschaften
- Dorfläden und Dorfladennetzwerk
- Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften
- Solidarische Landwirtschaft
- Food-Assembly
- Allmende-Kontor
- Fairmondo
- OpenBazaar etc.

Wirtschaftliche Selbsthilfe

Zu Einrichtungen wirtschaftlicher Selbsthilfe führt Klaus Novy aus:

„Wie schon Marx und Engels [1848] im "Kommunistischen Manifest" herausstellten, beschränkte sich die Ausbeutung nicht auf den Bereich der Produktion:

"Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten soweit beendigt, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt bekommt, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw."

Und damit sind die Ansatzpunkte der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Arbeiter auch schon genannt:

- Wohnungsbaugenossenschaften**
- Konsumgenossenschaften**
- Spar- und Kreditvereine, Hilfskassen.**

In allen Fällen übernimmt die Gruppe der Mitglieder und Kunden als Gemeinschaft auch die andere Marktrolle: Vermieter und Mieter, Händler und Kunde, Kreditgeber und Kreditnehmer sind „eins“ (Identitätsprinzip).“

Wohnungsgenossenschaften

Seit 1848 (Bremer Höhe von Victor Aimee Huber) sind in Deutschland etwa **2000 Wohnungsgenossenschaften mit jetzt 3,2 Millionen Mitgliedern** entstanden, die **10% des Mietwohnungsbestandes** bewohnen. In diesen Wohnungsgenossenschaften **leben rund 5 Millionen Menschen**. Leider sind die meisten Wohnungsgenossenschaften Mitglied in einem der 14 Regionalverbände des seit 90 Jahren bestehenden **„GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.“** Der GdW repräsentiert einen Bestand von **ca. 6 Mio. Wohnungen**, das entspricht rund 17 % des gesamten bzw. **30 % des Mietwohnungsbestandes** in Deutschland.

Die Initiative „Genossenschaft von unten“ fordert wegen dessen Nähe zur Immobilienbranche den **Austritt** der Wohnungsgenossenschaften aus diesem Verband.

Bremer Höhe

Die Bremer Höhe eG in Prenzlauer Berg wurde im Jahr 2000 gegründet. Es wurde damit der Verkauf von 49 Häusern an einen Investor verhindert. Die 521 Wohnungen wurden umfangreich saniert. Das Wohnen und Leben in gewohnter Umgebung und die soziale Sicherheit durch bezahlbare Mieten waren gewährleistet. In der Zwischenzeit hat die Genossenschaft je ein Haus in Friedrichshain, Kreuzberg und Schöneberg, eine Wohnanlage in Lichtenberg, eine Wagenburg sowie die Wohnhäuser des ehemaligen Stadtguts Hobrechtsfelde erworben und gemeinsam mit den Bewohnern saniert. Die Bremer Höhe eG hat heute ca. 700 Mitglieder und einen Bestand von 700 Wohnungen und Gewerbeeinheiten.

Möckernkiez

Genossenschaft für selbstverwaltetes, soziales
und ökologisches Wohnen eG

Er ist aus einer Initiative von Bürgerinnen und
Bürgern aus Berlin entstanden. Als

Genossenschaft baut er ein modernes
Stadtquartier am Rand des Gleisdreieck-Parks in
Kreuzberg und will dabei ein einzigartiges
Modellprojekt verwirklichen: Eine
gemeinschaftliche und Generationen verbindende
Wohnanlage, die ökologisch, nachhaltig,
barrierefrei und sozial ist.

Das MietshäuserSyndikat

Das Mietshäuser Syndikat ist eine singuläre, kooperativ und nicht-kommerziell organisierte Beteiligungsgesellschaft zum gemeinschaftlichen Erwerb von Häusern, die selbstorganisiert in Gemeineigentum überführt werden, um langfristig bezahlbare Wohnungen und Raum für Initiativen zu schaffen. Im Jahr 2016 hat sich das Syndikat an 105 Hausprojekten beteiligt, damit sie dem Immobilienmarkt entzogen werden. Gleichzeitig fördert es den Solidartransfer zwischen leistungsfähigeren und finanzschwächeren Projekten, weil in der Regel die Eigenkapitaldecke junger, heterogener Gruppen sehr dünn ist. Es können dadurch permanent und verlässlich Schulden sowie langsam zunehmend Solidarbeiträge über Mieten bezahlt werden. Die Teilnahme an diesem solidarischen Verfahren ist Bedingung für eine Aufnahme im Syndikatsverbund.

Konsumgenossenschaften

Neben Edeka und Rewe, die keine Genossenschaften von Konsumenten, sondern von Geschäftsführern sind, hatten die eigentlichen Konsumgenossenschaften in Deutschland nach dem Dritten Reich ihr Wiedererstarken nur vorübergehend erreicht. Heute existieren nur noch Restbestände und neben den Dorfläden vereinzelte Neugründungen.

Zu den Altbeständen zählen:

Konsum Berlin mit wohl noch 90.000 Mitgliedern, aber er befasst sich nur noch mit Immobilienverwaltung,
Coop Schleswig-Holstein mit etwa 40.000 Mitgliedern,
Konsum Leipzig mit 28.000 Mitgliedern,
154 **Konsum Dresden** mit 22.500 Mitgliedern und
Konsumgenossenschaft Erfurt mit 2.500 Mitgliedern.

VG - Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG

1991 nutzte die VG Dresden eine alte Wohnung in der Schützengasse 18 als Verkaufsraum für ökologische Produkte der Region. 1994 hat die VG sich als Verein gegründet. Nach Ausgliederung des wirtschaftlichen Teils (Mitgliederläden) in eine Genossenschaft im Jahr 2005 beschäftigt sich der Verein ausschließlich mit Öffentlichkeitsarbeit.

Die Genossenschaft betreibt in Dresden 7 Naturkostläden. Der Verkauf erfolgt grundsätzlich an Mitglieder. Die Finanzierung der Läden (Löhne, Miete u.ä.) erfolgt dabei über monatliche Mitgliederbeiträge, weniger über Warenaufschläge. Dadurch wird ein weitgehend umsatzunabhängiges Wirtschaften möglich.

Die VG hat jetzt **ca. 10.000 aktive Mitglieder**.

Anliegen ist es, insbesondere regionale Biobetriebe bei der Vermarktung ihrer Produkte zu unterstützen. Ein großer Teil des Frischesortimentes (Obst, Gemüse, Backwaren, Molkereierzeugnisse, Getränke) stammt aus ca.

80 landwirtschaftlichen Betrieben der Region.

Es gibt ein internes Logo zur Bezeichnung von Regionalprodukten. Grundanliegen der VG ist: Förderung des regionalen, ökologischen Landbaus, Landschaftspflege, Natur- und Umweltschutz, sowie Verbraucheraufklärung. Überregionale Produkte erhält sie von verschiedenen Naturkostgroßhändlern bzw. Herstellungs- und Verarbeitungsunternehmen. Alle Produkte im Lebensmittelbereich, auch die nicht besonders gekennzeichneten, stammen aus ökologischer Produktion. Die Genossenschaft legt Wert auf die Förderung von Produkten aus fairem Handel.

Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft Berlin e.V. (EVG)

Das **Ökodorf** hat in den 80er Jahren jedes Jahr parallel zur „Grünen Woche“ die **„Giftgrüne Woche“** veranstaltet, an der auch ich mitwirkte. 1982 waren drei Niedersächsische Ökobauern eingeladen worden, die in Berlin Abnehmer für ihre Öko-Produkte suchten.

Mit diesen Bauern bauten wir ab 1982 eine der ersten EVGen in Deutschland auf. Wir weiteten den Vertrieb schrittweise aus und standen schließlich unseren 850 Mitgliedern auf **13 Wochenmärkten und in 2 Bioläden** von Zehlendorf bis Reinickendorf und Kreuzberg bis Charlottenburg fast flächendeckend zur Verfügung. Der Mitgliederbeitrag betrug symbolische 5 DM pro Monat. Mitgliedern wurde beim Einkauf ein Rabatt von 20% gewährt, Nichtmitglieder konnten Probeeinkäufe tätigen. Weil wir für eine Professionalisierung des Unternehmens kein ausreichend qualifiziertes Personal finden konnten, stellten wir 1989, mit der Wende, den Betrieb ein.

Fazit: Die Initiative ging, nicht wie ehemals in Rochdale von den Verbrauchern, sondern von den Bauern, den Produzenten, aus, aber, und das wurde mit der EVG realisiert, **Produzenten brauchen in erster Linie solidarische Abnehmer, um preiswert und nachhaltig produzieren zu können.**

SuperCoop - Gemeinschaftlicher Supermarkt

Dem Erfolgsmodell SuperCoop in NYC entsprechend soll auch in Berlin ein Supermarkt entstehen, der seinen Mitgliedern gehört und sich für Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit einsetzt.

Jedes Mitglied hilft **3 Stunden im Monat** im Supermarkt mit, z.B. beim Kassieren oder Ware einräumen. Dieser kleine Beitrag macht in der Summe einen großen Unterschied. Die dadurch eingesparten Betriebskosten spiegeln sich in günstigeren Preisen wider. Alle Mitglieder haben eine Stimme und können **demokratisch mitbestimmen**, z.B. über die Produktauswahl, die Nachhaltigkeitskriterien und soziale Aktivitäten.

Die SuperCoop ist **nicht profitorientiert**, sondern dient in erster Linie ihren Mitgliedern. Alle Gewinne werden in den Supermarkt reinvestiert.

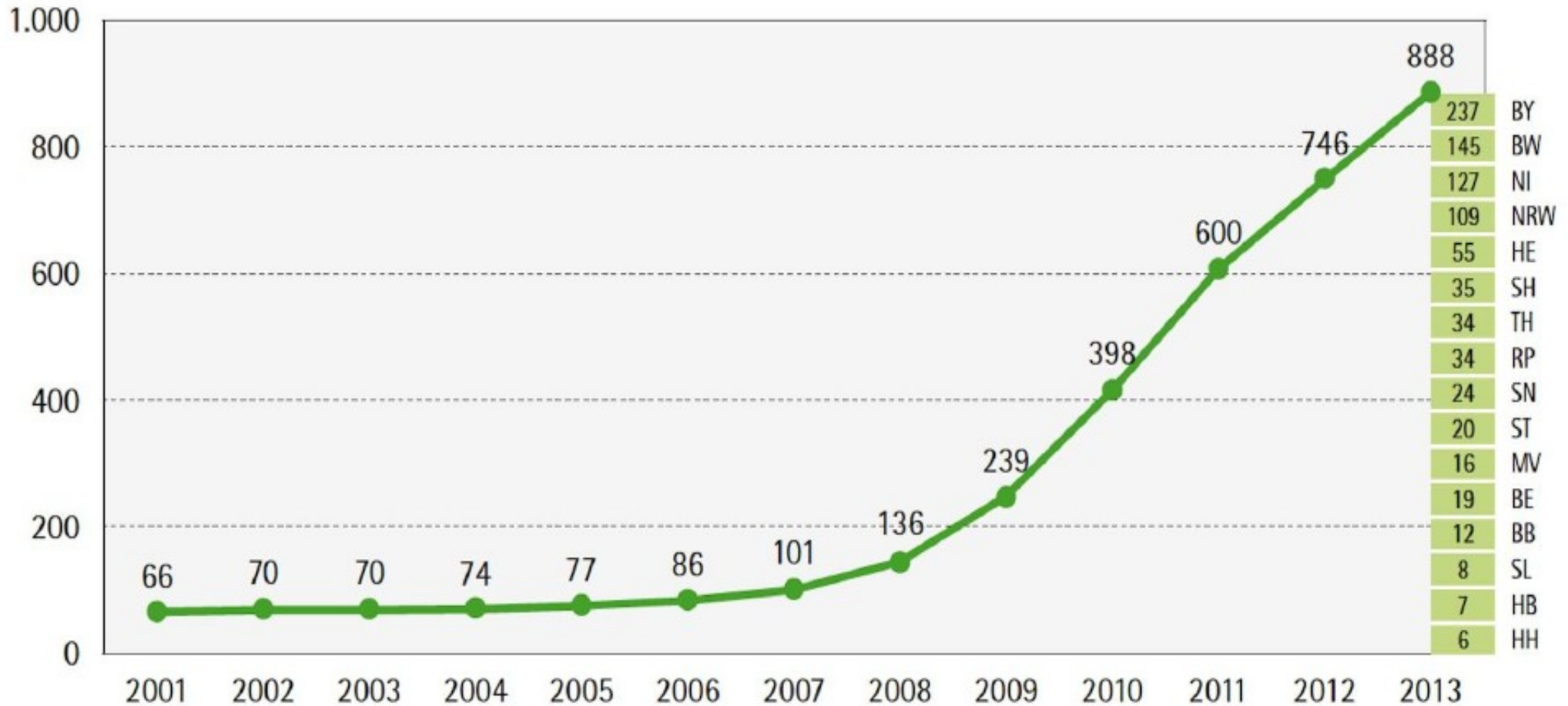
Genossenschaftsbanken

Die Genossenschaftsbanken gehen auf **Franz Hermann Schulze-Delitzsch** und **Friedrich Wilhelm Raiffeisen** zurück. Diese gründeten unabhängig voneinander Mitte des 19. Jahrhunderts die ersten Kreditgenossenschaften.

Heute gibt es in Deutschland etwa **1.019 Genossenschaftsbanken** mit einer addierten Bilanzsumme von 817,7 Milliarden Euro. Bezüglich der Girokonten haben sie einen Marktanteil von ca. 24 %, bezüglich der Bilanzsumme kommen sie auf ca. 18 %. Sie haben ca. **30 Millionen Kunden**, **16,1 Millionen Mitglieder** und über **13.600 Zweigstellen**.

Zunahme der Energiegenossenschaften in Deutschland

Quelle: Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. 1/2014



Bürgerenergie Berlin eG (BeB)

Die BeB ist ein freier, parteiübergreifender Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für eine zukunftsfähige, nachhaltige und demokratische Energiepolitik in Berlin engagieren. In dieser Genossenschaft hat jedes Mitglied eine Stimme - unabhängig von der Höhe seiner Einlage. Wer sich mit der BeB für ein Stromnetz in Bürgerhand engagieren will, ist herzlich willkommen.

Vattenfall erwirtschaftet mit dem Betrieb des Berliner Stromnetzes regelmäßig Millionengewinne. In der Hand der Berlinerinnen und Berliner werden die Gewinne regional wirksam.

Wassergenossenschaften

Von den ca. 300 Wassergenossenschaften in Deutschland sind:

Die älteste und größte Deutschlands:

Emschergenossenschaft

Die erste in den neuen Bundesländern:

Wassergenossenschaft Hartau

Die erste die Investoren entzogen werden sollte:

Wassergenossenschaft Ellerhoop

Dorfläden und Dorfladennetzwerk in Deutschland

In rund 200 Ortschaften in Deutschland gibt es Dorfprojekte, die z. T. schon in den ersten zwei bis drei Jahren schwarze Zahlen schreiben.

Über das Angebot von Milch und Käse hinaus helfen Jugendliche Senioren im Umgang mit dem Internet. Müttern dient das Ladenlokal als Treffpunkt. Schulkinder erhalten warmes Mittagessen.

Es entstehen Dorfgemeinschaftshäuser mit Einkaufs-, Kommunikations- und Bildungsmöglichkeiten.

Vorteile eines Dorfladens:

Arbeit und Geld bleiben in der Region

Produkte aus der Heimat

Einzigartigkeit der Produktpalette

gesunde und bewußte Ernährung

Verantwortung gegenüber der Natur

Qualität

kürzere Fahrwege

höhere Wertschätzung der Erzeuger

Steigerung der Attraktivität und Existenzsicherung des Ortes

Kommunikation

Vermittlung von Kenntnissen

<http://dorfladen-netzwerk.de/dorflaeden-in-deutschland/>

Solidarische Landwirtschaft

Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) ist eine Form der Vertragslandwirtschaft, bei der eine Gruppe von Verbrauchern auf lokaler Ebene mit einem Partner-Landwirt kooperiert. Derzeit (2019) beteiligen sich etwa 250 Betriebe.

Die Verbraucher geben eine Abnahmegarantie (für 6 Monate oder ein Jahr) für die Produktion des Landwirtes und erhalten im Gegenzug Einblick und Einfluss auf die Produktion (zumeist biodynamisch oder anderweitig ökologisch). In einigen Fällen geben die Verbraucher dem Landwirt auch ein zinsgünstiges Darlehen, um den Aufbau des Hofes oder die Umstellung auf ökologische Produktion zu ermöglichen. Diese Partnerschaft unterstützt eine lokale Produktion und eine lokale Ernährung.

Das Konzept entstand in den 1960er Jahren in Japan, wo heute etwa ein Viertel der Haushalte an einem Teikei (dt. „Partnerschaft“) beteiligt sind. In den USA entwickelte sich die dort Community supported agriculture (CSA) genannte Wirtschaftsweise jedoch unabhängig davon in einem Kreis um den biodynamischen Landwirt Trauger Groh und durch den aus der Schweiz eingewanderten Jan Van der Tuin.

<http://www.solidarische-landwirtschaft.org>

Das Allmende-Kontor

„In Berlin gibt es inzwischen über 100 Gemeinschaftsgärten. Sie stellen und beantworten zentrale Fragen der Stadtgesellschaft: zu sozialer, kultureller und biologischer Vielfalt, Partizipation, Stadtökologie, Versorgung und Konsum, Bildung und Gesundheit. Für alle bestehenden und neuen Initiativen, für InteressentInnen und Akteure des gemeinschaftlichen Gärtnerns und der urbanen Landwirtschaft in Berlin, will das Allmende-Kontor eine Anlauf- und Vernetzungstelle, Wissensspeicher, Lernort und ein Garten für alle sein. Seit April 2011 gedeiht der Garten zunächst als Zwischennutzung auf dem Tempelhofer Feld auf einer Fläche von 5000 m² mit etwa 250 Hochbeeten und 700 GärtnerInnen. Öffentlicher städtischer Freiraum wird hier durch gemeinschaftliche, kooperative Nutzung und Gestaltung als Allmende [Gemeinschaftsgut] ins Bewusstsein gebracht, erleb- und gestaltbar gemacht.“

Allmende-Kontor

Gemeinschaftsgärten und urbane Landwirtschaft in Berlin





RÜBEZAHL GARTEN

SCHILLERKIEZ GARTEN

ALLMENDE-KONTOR GARTEN

ZWISCHEN WEIBEN
BODENMARKIERUNGEN
NICHT ÜBERBAUEN !!!

SICHTSCHNEISE

WEG

FREIFLÄCHE

PINKES ALLMENDE
ZWERGENHEIM

BERLINER-GÄRTEN-STADTPLAN-BEET (geplant)

GENERATIONEN-GÄRTEN
GETREIDE UND BLUMEN

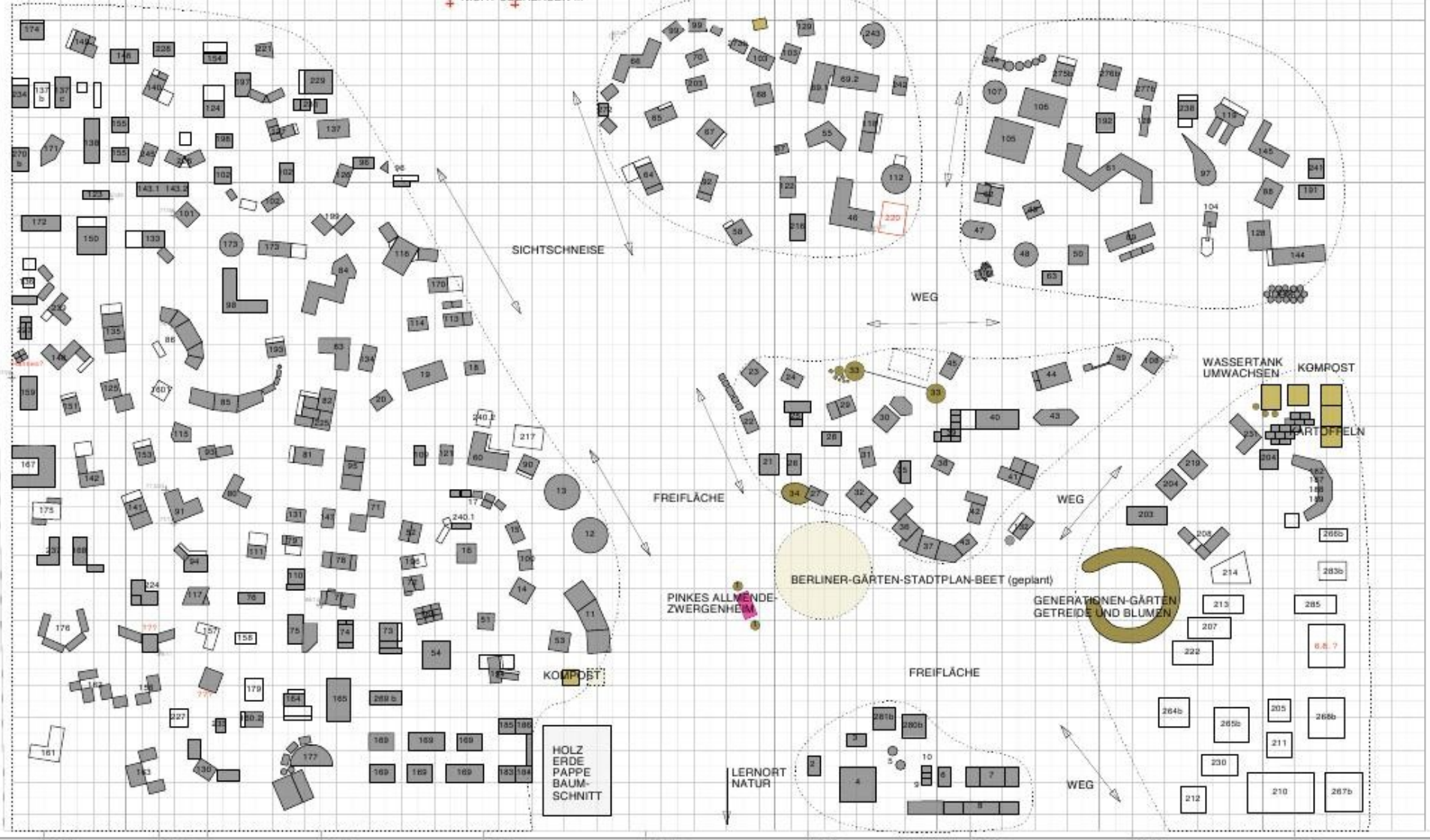
FREIFLÄCHE

LERNORT
NATUR

WASSERTANK
UMWACHSEN
KOMPOST
KARTOFFELN

HOLZ
ERDE
PAPPE
BAUM-
SCHNITT

- GEMEINSCHAFTSSACHEN
- GEPLANTE GEMEINSCHAFTSS.
- GEMEINSCHAFTSFLÄCHEN
- GEMEINSCHAFTSBEETE
- GEPLANT GEMEINSCHAFTSB.
- INSELGRUPPEN
- BEETINSELN





Fairmondo (zuvor: Fairnopoly)

Im Kern ist Fairmondo ein profitfreier Online-Marktplatz: Man kann hier **neue und gebrauchte Dinge kaufen und verkaufen**. Darüber hinaus zeichnet sich Fairmondo durch drei Kernelemente aus:

- **Ein faires Unternehmensmodell**

Von anderen Online-Marktplätzen grenzt es sich dabei bewusst durch folgende Eigenschaften ab:

- Genossenschaft 2.0
- Konsequente Transparenz
- Fairness nach innen und außen

- **Die Förderung von verantwortungsvollem Konsum**

- Fair gehandelte Ware
- Gebrauchte Artikel
- **Informationen zu verantwortungsvollem Konsum**

- **Ein Beitrag zur Korruptionsbekämpfung**

- 1% für eine fairere Welt (Transparency International)
- Spendenfunktion für transparente Organisationen
- Modellfunktion

OpenBazaar

Seit 4. April 2016 gibt es diese Online-Plattform, die **ohne zentralen Betreiber**, der Kundendaten sammeln und eine Provision einziehen würde, funktioniert. Der Nutzer lädt die Software herunter und stellt seine Produkte oder Dienstleistungen ein.

Der Käufer zahlt in Bitcoins seinen Betrag auf ein Treuhandkonto, die Ware wird verschickt und der Käufer gibt seinen Betrag frei.

Im Streitfall entscheidet ein Moderator, auf den sich Käufer und Verkäufer vorher geeinigt haben.

Noch sind die Teilnehmer über ihre IP-Adresse identifizierbar. Der anonyme Zugang über das Tor-Netzwerk ist aber geplant.

Status Quo



OpenBazaar



Sozioökologischer Verbrauchsindex I

Produkte einer Gemeingutökonomie sollten einerseits folgende Kriterien erfüllen, andererseits könnte sich der Käufer entsprechende Punkte gutschreiben:

1. Soziale Kriterien:

- Keine Menschenrechtsverletzungen (Zwangsarbeit, Gefangenearbeit)
- Keine Kinderarbeit
- Faire und verbindliche Arbeitsverträge
- Die Löhne müssen mindestens die gesetzlichen und branchenüblichen Standards erfüllen oder sie übersteigen.
- Keine Diskriminierung des Geschlechts, des Alters, der ethnischen Abstammung, der Nationalität, der Hautfarbe, der sexuellen Orientierung, der politischen Meinung der religiösen und sozialen Herkunft.
- Gesundes Arbeitsumfeld: Es sind klare Regelungen und Maßnahmen zur Arbeitsgesundheit und -sicherheit einzuführen und zu beachten.
- Solidarität: In Situationen oder Ländern, in denen die Versammlungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen gesetzlich eingeschränkt sind, sollen parallele Verfahren der unabhängigen und freien Organisation und Verhandlung gefördert werden.
- Menschenwürdige Arbeitszeiten: Überzeit darf nur auf freiwilliger Basis geleistet werden.
- Die höchste zulässige Arbeitszeit pro Woche beträgt 48 Stunden, die maximale wöchentliche Überzeit 12 Stunden. Auf sechs aufeinander folgende Arbeitstage muss mindestens ein freier Tag folgen.
- Keine Produkte aus widerrechtlichem Großgrundbesitz

Sozioökologischer Verbrauchsindex II

2. Nachhaltigkeitskriterien:

- Regional erzeugt
- Gentechnikfrei
- Mit dem CO₂-Label gekennzeichnet
- Sparsame Verpackung, keine Mogelpackungen
- Produktinformation statt Werbung
- Optimierung der Energiesparmaßnahmen
- Nicht per Luftfracht transportiert
- Entsorgungsbedingungen

3. Ökonomische Kriterien:

- selbst- oder fremdfinanziert? (Eigenkapitalanteil)
- kein leistungsloses Kapitaleinkommen
(keine Betätigung auf den Finanzmärkten)
- Hohe Haltbarkeit der Produkte
- Reparierbarkeit

Von entscheidender Bedeutung ist natürlich die Überwachung der Erfüllung und Einhaltung dieser Kriterien. Diese immense Aufgabe kann nur mit Hilfe der jeweiligen Verbraucher vor Ort geleistet werden. Eine entsprechende Datenbank müsste aufgebaut werden.

Plattform-Kooperativen

In den bisherigen Debatten über die Zukunft der Arbeit fehlte ein Ansatz, der den Menschen etwas gibt, dem sie zustimmen können, etwas, das man mit ganzem Herzen unterstützen kann.

Trebor Scholz warnt: *»Scheinbar bieten die Inhaber bisheriger Online-Plattformen uns alles – außer Eigentum. Es ist jetzt an uns, stattdessen eine demokratische und solidarische Online Economy zu schaffen.«*

In Europa gibt es bereits genossenschaftlich organisierte Plattformen, u. a. WECHANGE, Fairmondo, OpenOliator (Gemeinschaft von Entwicklern in Deutschland, Irland, Belgien und Italien), Sunu (beide in Zusammenarbeit mit der Solidarischen Landwirtschaft, die wiederum beide mit dem weltweit basierten Urgenci-Netzwerk verbunden sind). Europaweit beteiligten sich 2014 an Urgenci in **16 Ländern** mindestens **4.000 CSA-Gruppen**, an denen fast **465.000 Verbraucher** und **6.300 Betriebe** beteiligt waren.

7. Beispiele Ausland

- COOP Schweiz
- Migros in der Schweiz
- Neustart Schweiz
- COOP Italia
- Cecosesola
- Kommunale Räte in Venezuela

COOP Schweiz

2,5 Mio Mitglieder, 77.000 Mitarbeiter, 27 Mrd. SFR Nettoerlös

- 1840 ff. Wegen der grossen Getreideteuerung und der Hungersnöte wurden Fruchtvereine als Vorläufer der Konsumvereine gegründet.
- 1847 Allgemeine Arbeitergesellschaft in Basel, der älteste bekannte Konsumverein der Schweiz.
- 1890 Gründung des Verbandes schweizerischer Konsumvereine (VSK) in Olten. 27 Konsumvereine sind vertreten. Am Jahresende hat der Verband 43 Mitglieder.
- 1902 Herausgabe des «Genossenschaftlichen Volksblattes» (heute «Coopzeitung»). 1904 folgt «Coopération», 1906 «Cooperazione».
- 1905 Einrichtung eines chemischen Laboratoriums zur Untersuchung der Lebensmittel.
- 1909 Schaffung einer Versicherungsanstalt Schweizerischer Konsumvereine VASK.
- 1919-1921 Bau der Siedelungsgenossenschaft Freidorf.
- 1922 Gründung des Konsumgenossenschaftlichen Frauenbundes (seit 1969 Coop Frauenbund).
- 1927 Gründung der Bank für Genossenschaften und Gewerkschaften gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund. 1928 in Genossenschaftliche Zentralbank umbenannt.
- 1927 Eröffnung von Mitgliederferienheimen in Weggis LU und Jongny VD.
- 1942 Gründung der Patenschaft Coop zur Unterstützung der Bergbevölkerung.
- 1948 Eröffnung des ersten Selbstbedienungsladens in Zürich (LVZ).
- 1971 Beitritt zur Intercoop (Einkaufskooperation europäischer Konsumgenossenschaften).
- 1989 Einführung der ökologischen Marktleistung Coop Oecoplan.
- 2004 Erster Nachhaltigkeitsbericht der Coop-Gruppe, der einen umfassenden Einblick in die ökologischen, ökonomischen und sozialen Leistungen des Unternehmens gibt.

Migros in der Schweiz

- Seit 1925 als AG, seit 1941 Genossenschaft. Heute über 2 Millionen Mitglieder
- Umsatz über 27 Mrd. SFR pro Jahr. 1% des Umsatzes (270 Mill. SFR) müssen für kulturelle Zwecke verwendet werden
- 84.000 Mitarbeiter (davon rund 60 % Mitarbeiterinnen)
- **Die Personalkosten bei der Migros betragen 22% des Umsatzes**
- **(Bei Aldi in der Schweiz sind es Schätzungen zufolge 3%)**
- Im Laufe der Jahre wurden Reiseunternehmen (1935), ein Giro-Dienst (1937), Klubschulen (1944), der erste Schweizer Selbstbedienungsladen (1948), ein Buchclub (1950), die Gelben Taxis (1951), eine Benzin- und Heizölgesellschaft (1954), die Migros-Bank (1957), eine Versicherungsgesellschaft (1958), das erste Schweizer Freizeit-Center etc. gegründet
- Migros ist in der Schweiz Marktführerin im ökologischen Bereich
- Hohe Sozial- und Umweltstandards (z.B. nur Produkte aus fairen verbindlichen Arbeitsverträgen, keine mit Luftfracht transportierten Produkte, keine gentechnischen Produkte)
- Angebot: Kaffee, Sofas, Ferien oder Fussballschuhe, DVDs, Lidschatten, Büroklammern, PCs, Fotoapparate, SIM-, Kredit- oder Theaterkarten, alles für den Sport, Bücher, Musik, Filme, Software und Games, moderne Möbel, Wohnaccessoires, Bürobedarf, Bürotechnik und Büromöbel, Frauen- und Herrenausstatter, Treib- und Heizstoffe.

Neustart Schweiz (Initiator: P.M./Hans Widmer)

Neustart Schweiz hat mit dem Aufbau von vielfältigen Nachbarschaften und **Nachbarschaftszentren** begonnen, die als selbständige wirtschaftliche und soziale Organismen die wichtigsten Bedürfnisse des Alltags abdecken (Begegnung, Versorgung, Dienstleistung, Freizeitgestaltung). Das ökologische und soziale Potenzial solcher Nachbarschaften mit 500 bis 1000 BewohnerInnen ist erheblich.

Auf der Landseite werden komplementär **Agrozentren** eingerichtet, in denen die Bauern ihre Produkte zusammentragen, aufbereiten, abpacken und gemeinsam in die urbanen Nachbarschaftszentren transportieren können. Das Agrozentrum entwickelt sich ebenfalls zum sozialen und kulturellen Zentrum. Erste Erfahrungen mit diesen Zentren sind sehr positiv.

Neustart Schweiz schreibt dazu: „**Nachbarschaften und Bauernhöfe sind heute zwei »lose Enden« unseres Systems, die beide unbefriedigend funktionieren.** Bäuerinnen und Bauern möchten gerne für Verbrauchende produzieren, die sie kennen und von denen sie endlich Anerkennung für ihre Arbeit bekommen. Sie möchten von ihrer Arbeit und nicht von Direktzahlungen leben. **Die Konsumentinnen und Konsumenten möchten wissen, woher ihre Nahrungsmittel kommen und sie möchten von den niedrigeren Preisen profitieren, die bei saisonal und lokal erzeugten Produkten ohne Zwischenhandel möglich würden - auch ohne Subventionen.**“

Coop Italia

Zur Zeit der Industrialisierung zogen viele Menschen vom Land in die Städte – aus bäuerlichen Selbstversorgern wurden so städtische Fabrikarbeiter, die oft zu wenig verdienten, um ihre Familien versorgen zu können. Als Reaktion darauf **schlossen sich 1854 in Turin mehrere Arbeiter zur ersten italienischen Konsumentengenossenschaft (Cooperativa di Consumatori) zusammen**. Sie betrieben einen eigenen Laden, um auf diese Weise günstiger an Lebensmittel zu kommen. Heute besteht Coop Italia aus 9 großen, 14 mittelgroßen und etwa 100 kleinen Genossenschaften, die alle weitgehend eigenständig sind. **Insgesamt hat die Coop Italia etwa 8 Millionen Mitglieder**. In Casalecchio di Reno nahe Bologna ist die Dachorganisation Coop Italia ansässig. Ihre Aufgabe ist es, für alle unter der Marke agierenden Händler den Einkauf zu koordinieren, Eigenmarken zu schaffen, Qualitätskontrollen durchzuführen und für ein einheitliches Marketing zu sorgen. Der Coop-Verbund machte im Jahr 2014 einen Umsatz von 12,7 Milliarden Euro.

Gruppi di Acquisto solidale (GAS)

In Italien ist die Bewegung für einen »kritischen Konsum« ein Politikum. Gruppen von jeweils rund 50 Familien - »Gruppi di Acquisto solidale« (GAS) genannt - tun sich zusammen und **kaufen gesunde Lebensmittel direkt von Biobauern aus der nahen Region**. War die Bewegung früher vorwiegend in Nord- und Mittelitalien verbreitet, hat sie es inzwischen bis in den Süden geschafft. Auch Orangenbauern in Sizilien und Süditalien erfuhren vom Prinzip der GAS und wollten sich damit **von der räuberischen Mafia-Vertriebsmaschinerie emanzipieren**. Hilfsbereite Menschen aus dem Netzwerk der »Gasisti« organisierten für sie in vielen Städten **Märkte, auf denen die Orangenbauern ihre Zitrusfrüchte direkt verkaufen können**, indem sie den Zwischenhandel umgehen.

Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara (Cecosolesa - Venezuela)

1967 als Transportunternehmen mit letztlich 127 Bussen gegründet. Der Konkurs 1979 führt zur Umstrukturierung der Organisations-Grundsätze und zum Aufbau einer Versorgung mit Lebensmitteln.

Heute arbeiten in **22 Stadtteilbasiskooperativen und 45 Produktions- und Versorgungskooperativen 2.000 Menschen mit 40.000 aktiven Cooperatistas und über 140.000 assoziierten Mitgliedern zusammen**, ohne dass ein Vorstand oder eine Mehrheit die Abstimmungen entscheidet. Kernelemente sind **Basisentscheidung, Rotation und Konsens**.

Die Produktionsstätten liegen in einem Umkreis von 160 km um die Millionenstadt Barquisimeto. **Wöchentlich werden rund 50.000 Familien mit rund 450 t Obst und Gemüse versorgt.**

Ein **eigenes Gesundheitszentrum** versorgt monatlich 10.000 Menschen. 2009 wurde ein mit eigenen Mitteln (780.000 Dollar) errichtetes Krankenhaus eröffnet.

**Arbeit und Leben -
Weltkummer Wachstum**

10.12.2019

**Wirtschaft die tötet
oder Zinsverbot?**

**Sozioökologische Transformation
über profitfreie Räume**

Dr. Wolfgang Fabricius

<http://www.reproduktionsökonomie.de>

Selbstversorgung

„Wir müssen uns um unsere eigenen Interessen kümmern und die Kompetenz erwerben, wie wir unsere Grundbedürfnisse möglichst unabhängig vom Markt befriedigen können. Es geht mir darum, dass sich die Menschen buchstäblich in Sicherheit bringen, indem sie ihre Geldabhängigkeit verringern - und dadurch weniger erpressbar werden. Nicht immer mehr Luxusgüter, sondern gesunde Lebensmittel, Wasser, bezahlbarer Wohnraum und lokale Mobilität gilt es politisch zu sichern. Wenn ich etwas auf dem Markt kaufe, benötige ich Einkommen und muss auch die Gewinnerwartungen der Unternehmen bezahlen. Wenn ich beispielsweise eine Bürgerenergieanlage betreibe, kostet deren Anschaffung Geld, aber danach geht es nicht um Profite, sondern um Selbstversorgung.“

Lex Janssen, taz, 19.07.2014